



Federal Union of European Nationalities  
Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes  
Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen e. V.  
Федералистский Союз Европейских Национальных Меньшинств

44th FUEN-Congress on Nationalities from 12th -16th May 1999  
44e Congrès des Nationalités du 12 au 16 mai 1999  
44. Nationalitätenkongreß vom 12. - 16. Mai 1999  
44-й Конгресс национальностей ФСЕИМ 12 - 16 мая 1999г

»50 Years of FUEN«  
«Cinquantième anniversaire de l'UFCE»  
»50 Jahre FUEV«  
"50 лет ФСЕИМ"

## DOCUMENTATION

special internet edition

the complete documentation is  
available at the FUEN-Secretariat

<http://www.fuen.org>

# HADERSLEV 1999

# Contents

<b>Welcome and opening of the congress</b>		
• Romedi Arquint, President of the Federal Union of European Nationalities (in brief FUEN)	D	3
• Hans Heinrich Hansen, Chairman of the German minority in Denmark and FUEN-Vicepresident	E	5
<b>Statement of Greetings</b>		
• Daniel Tarschys, Secretary General of the Council of Europe	E	
• Eduard Schewardnadze, President of Georgia	E, O	
• Helge Jensen, Vice-Mayor of District of »Sønderjylland«	O	
<b>50 Years of FUEN</b>		
• Joseph Martray Founder and first Secretary general of FUEN	E	6
• Dr. Jørgen Kühl »Danevirkegården«	E,F,D,R	9
• Per Le Moine Former FUEN-President and present FUEN-Vicepresident	F	
<b>Round Table discussion on the Kosovo Problem</b>	D	18
Participants		
• Gezim Rushiti (Union of Kosovars, USA)		
• Klaus Carsten Pedersen (Udenrigspolitisk selskab, Copenhagen)		
• Slavko Labovic (Serbian Association in Denmark)		
• Hanne Severinsen (Member of the Danish Parliament and Parliamentary Assembly of the Council of Europe)		
• Dr. Helen Krag (University of Copenhagen)		
• Dr. Werner Stuflesser (Europäische Akademie Bozen, South Tyrol)		
Chaired by		
• Siegfried Matlok (Head of the German Secretariat in Copenhagen and editor in chief of the German language newspaper in Denmark DER NORDSCHLESWIGER)		
<b>The Plurality of the FUEN Member organisations</b>		
as exemplified by following members:		
• Bund deutscher Nordschleswiger (BdN)	E	19
• Sydslesvigsk Forening (SSF),	D	21
• Foriining for nationale Friiske	D	23
• Südtiroler Volkspartei (SVP)	D	24
• Lia Rumantscha	D	25
• Magyar Koalíció Pártja früher COEXISTENTIA (Spoluzitie, Együttélés)	E	
• Demokratski Savez Hrvata u Vojdonini	D	27
• Kirim Tatar Milli Meclisi	D	29
• Zentralrat Deutscher Sinti und Roma	D	
<b>Round Table Diskussion: Die Turk-Mescheten</b>	D	31
Participants		
• Prof. Dr. Svetlana Tschervonnaja (Institute of Ethnology and Anthropology of the Russian Akademy of Science)		
• Prof. Alexi Gerasimov (Assistant to the President of Georgia in Interethnic Relations)		
• Fuad Pepinov ((International Society of Meskhetian Turks »Vatan«, Moscow)		
• Harris Nielsen (Foreign Ministry of Denmark, OSCE)		
Chaired by		
• Dr. Davide Zaffi (Head of Minority Section of the Autonomous Region of Trentino-South Tyrol)		
• Statement by Harris Nielsen a/m	E	
<b>Leave-taking of retiring of the FUEN-Secretary General Armin Nickelsen</b>	D	32
<b>Resolutions</b>	E,F,D,R	34
<b>Registered participants</b>		40

---

*	E	ENGLISH
	F	FRANÇAIS
	D	DEUTSCH
	R	РУССКИЙ
	O	ORIGINAL

The editors draw attention to the fact that all speeches in red letters are available at the FUEN-Secretariat!

## **Romedi Arquint:**

*Eröffnungsansprache des Präsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen in Haderslev/Dänemark am 13. Mai 1999*

Geburtstage sollte man in dankbarer, fröhlicher und aufgestellter Stimmung feiern dürfen. Uns allen, die wir uns um das Geburtstagskind FUEV versammelt haben, ist allerdings nicht sehr nach "feiern" zumute. Zu stark stehen wir in diesen Tagen immer noch unter dem Eindruck brutaler Gewalt und unsäglichen Leides für 100 000e von Menschen mitten in Europa.

Wir stehen unter dem Eindruck des Versagens: Die zivilisatorischen Errungenschaften der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenwürde und der Menschenrechte haben einer Eruption von Gewalt und Brutalität Platz gemacht; niemand hier im Saal hätte es sich träumen lassen, dass solches am Ende unseres Jahrhunderts noch möglich sein könnte.

Das Versagen trifft die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, der es nicht gelungen ist, mit Nachdruck auf dem Verhandlungsweg friedliche Lösungen durchzusetzen, als dies noch möglich war, ebenso wie die arrogante und menschenunwürdige Taktik eines Staatsführers, um jeden Preis und unbesehen der Folgen am Instrumentarium ethnonationalistischer Ideologien und ethnischer Säuberungen mit brutaler Gewalt festzuhalten.

In diesen letzten Tagen des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist uns bewusst gemacht worden, wie weit die der FUEV zugrunde liegende Vision eines friedlichen Zusammenlebens von Mehrheitsbevölkerung und nationalen Minderheiten und kleinsprachlicher Gemeinschaften in Europa noch von der Realität entfernt ist.

Die Bilanz, die man landläufig bei Geburtstagsanlässen vorzunehmen pflegt, fällt entsprechend durchgezogen aus, und zwar im Blick nach rückwärts, focussiert auf die Gegenwart, wie auch mit Blick auf die Zukunft.

### **Erinnerung**

Die Erinnerung führt uns zunächst zurück in die Jahre nach dem 2. Weltkrieg. Hatte die Losung 1918 noch gelautet NIE WIEDER KRIEG, so schlug Churchill mit seinem berühmten EUROPE ARISE einen neuen Ton an. Quer über die staatlichen Grenzen blühte und sprühte der Diskurs über die politische Zukunft Europas. Ein Diskurs, der aber bald schon wieder abflaute; vom Visionären und Verheissungsvollen blieb wenig übrig.

Die Idee eines stärker geeinten Europas wurde über wirtschaftliche und militärische Pakte

umgesetzt, während mit der Gründung des Europarates die Idee eines föderalistisch organisierten Europas zugunsten eines losen Staatenbundes aufgegeben wurde.

Der nationalstaatliche Souveränitätsgedanke hatte gegenüber einem bundesstaatlich strukturierten Europa obsiegt und sollte für die nächsten 50 Jahre obsolet sein, ja durch den an Absurdität kaum zu überbietenden Kalten Krieg mit Mauern, eisernen Vorhängen und totalem Freund - Feind - Reflexen eher noch verfestigt denn aufgeweicht werden.

Damit wurde auch die FUEV, die als NGO politisch föderalistische und bundesstaatliche Lösungen mit porösen Grenzen und natürlichen Kontakten zwischen den alten Völkern Europas vorgezeichnet hatte, ins Abseits gedrängt. Für die nationalen Minderheiten und kleinen Sprach- und Kulturgemeinschaften innerhalb der festgeschriebenen staatlichen Grenzen folgte eine schwere Zeit; es waren zufällige oder historisch vorgespurte Wege, die je nach der Situation zu ausserordentlich befriedigenden Lösungen führten, als schwelendes Konfliktpotential unterdrückt wurden oder dann erst in der Folge harter Auseinandersetzungen zufriedenstellende Lösungen fanden. Die deutsch-dänische Ansatz sei für das erste Beispiel, Frankreich für das zweite und fürs dritte mag das Südtirol stehen. Andere Konflikte, etwa in Nordirland oder im Baskenland harren immer noch stabiler Lösungen.

### **Gegenwart**

Nach dem Fall der Mauer konnte denn das "westliche" Europa den neu sich bildenden Staaten in Mittel- und Osteuropa keine andere ideologische als die nationalstaatliche anbieten. Vor allem hatte man es nicht fertiggebracht, die staatlichen Konzepte eines aufgeklärten demokratischen Rechtsstaates einerseits und die Bedürfnisse und Anliegen, die mit der Erhaltung der kollektiven Identität von Nationalitäten und Volksgruppen zusammenhängen, klar voneinander zu trennen. Zusammen mit dem über Jahrzehnte erfahrenen Nivellierungsdruck einer kollektivistisch und totalitär geführten Gesellschaft ergab dies ein furchtbares und explosives Gemisch, das sich recht bald als willkommenes Instrument für machthungrige Politiker anbot. Erinnerungen und Mythen als Fundgrube zur Aktualisierung von



Romedi Arquint

kollektiven Identitäten, die Geschichte der Völker zur Einforderung von territorialer Souveränität und staatlicher Einheit, die Ethnien als Kriterium der Abgrenzung, die Religionen und Kirchen als Begleiter dieser politischen Ambitionen, - damit wurde ein Instrumentarium geschaffen, dessen schreckliche Auswirkungen wir alle kennen und deren Ende nicht abzusehen ist.

Die in Eile erarbeiteten und letztes Jahr in Kraft getretenen Konventionen des Europarates sind zwar späte, aber wichtige Anzeichen eines Umdenkens; sie erweisen sich gegenwärtig im besten Fall als gutgemeinte Leitplanken für die Anbindung der Staaten an eine demokratisch-rechtsstaatliche Strukturen, öfter jedoch noch als ohnmächtige Instrumente zur Beilegung und Befriedung der ethnonationalistischen Auswüchse. Für diese Instrumente wie für befriedigende bindende internationale Standards zum Schutze nationaler Minderheiten wird der Weg von der Debatte zum Papier und vom Papier zur Praxis noch weit und beschwerlich sein.

Dass jedoch erstmals unter dem Argument der Menschenwürde und der ethnischen Aspekte eine militärische Intervention erfolgte - wenn auch in äusserst bedauernswerter Weise -, könnte einen Fortschritt in der Debatte über den Vorrang völkerrechtlichen Standards zu den Menschenrechten und dem Schutz nationaler Minderheiten gegenüber der Souveränität der Nationalstaaten einleiten.

Neben der Weiterarbeit an den den rechtlichen internationalen Standards zum Schutze nationaler Minderheiten erweist sich die konkrete Arbeit vor Ort als ein immer effizienteres Mittel zur Befriedung und Stabilisierung - wie sie etwa durch das »Monitoring« - System des Europarates angelegt ist und wie sie in ausserordentlich positiver Weise die OSZE und die UNO erbringen. Ihre Tätigkeit der Konfliktprävention, der Konfliktbegleitung, der Mediation und der Aufbauarbeit ist nachhaltig zu fördern. Eine Reform der UNO und der OSZE zu friedens- und sicherheitspolitischen Organisationen, die unabhängig von militärischen Organisationen handlungsfähig werden, ist jedoch notwendig, damit diese ihre wenig spektakuläre, dafür umso effizientere Arbeit leisten können.

Zukunft

Wir stehen heute am 50. Geburtstag der FUEV vor einer ähnlichen Zeit der Neuorientierung wie es die FUEV in ihrer Gründungszeit war. Ob französische Intellektuelle recht haben, wenn sie den Balkankonflikt als Europa im Jahre 1 (A. Glucksmann) oder "L'Europe commence à Sarajewo" (A. Finkelkraut) bezeichnen, sei dahingestellt. Tatsache ist: Wir sind mitten drin in einem Reflexions- und Gestaltungsprozess dar-

über, welches politische Kleid ein Europa von morgen zu bekommen habe.

Wir haben es in doppelter Hinsicht schwerer als unsere Gründerväter, gibt es doch heute keinen Eisernen Vorhang und konträre Weltanschauungen, die es erlauben, Feindbilder aufzubauen und nicht hinterfragbare und zu hinterfragende Positionen mit eindeutigen Wahrheiten einzunehmen.

Zudem: Wir können uns nicht an der jüngeren Vergangenheit orientieren. So gehört das Kleid eines Europa der souveränen Nationalstaaten wohl endgültig in das Raritäten - Kabinett der politischen Geschichte. Seine Bedeutung wird in der Realpolitik zunehmend durchlöchert: Die Stichworte Globalisierung mit multi- und internationalen Regelungsinstrumenten auf der einen, Lokal- und Regionalautonomie auf der anderen Seite, grenzüberschreitenden Kooperationsformen, aber auch ein wachsendes Netz von internationalen bindenden rechtlichen und politischen Instrumenten mögen genügen, um den realen Bedeutungsverlust und die zunehmende Relativierung des Gebildes "Nationalstaat" zu zeigen.

Was sich im realen Alltag abspielt, ist das eine: dass in den Köpfen, in den gesellschaftlichen Strukturen und staatlichen Institutionen Relikte einer nationalstaatlichen Ära vorhanden sind, dass gar ethnonationalistische Konfliktmuster weiter gepflegt werden und Nahrung erhalten, ist das andere. Allenthalben sind in Europa noch Elemente eines gemütlichen bis aggressiven Nationalismus zu orten, und wir tun gut daran, diesen den ihnen zustehenden Ort zuzuweisen: Sie gehören zum kollektiven Bewusstsein der Völker, dort sind sie zu hüten und zu wahren, sie sind aber - und das kann nicht klar genug herausgestrichen werden - zu lösen von den Bindungen zu Armee und Gewalt sowie von kollektiven Identifikationen mit Staaten und deren Machtapparat.

Gegen nationalistische Denkmuster sind auch die Angehörigen der Minderheiten nicht gefeit. Zu oft reproduzieren sie die Kehrseite des nationalistischen Mentalität der Mehrheitsbevölkerung, anstatt dass sie sich auf die eigenen Stärken und Alternativen besinnen.

Die europäische Geschichte und Zivilisation ist aber auch aus andern Stoffen genäht, die Zukunft haben und deren wir uns bei der Gestaltung eines neuen politischen Kleides bedienen dürfen. An diesen sollten wir uns orientieren. Insofern enthält das "Europe arise" Churchills nach dem zweiten Weltkrieges den optimistischen Grundton, der auch auf unsere Zeit übertragbar ist. Allen Rückschlägen zum Trotz kön-

nen wir uns mit guten Gründen von der Begeisterung, Zeugen und aktive Mitgestalter dieses neuen Europas sein zu dürfen, anstecken lassen.

Als Angehörige nationaler Minderheiten und eigenständiger kleiner Sprach- und Kulturgemeinschaften sind wir gewissermassen die Prototypen dieses Europa von morgen; deshalb sollte uns die Begeisterung zuerst ergreifen; Vieles von dem, was für uns selbstverständlich erscheint, sollte auch für die Mehrheitsbevölkerung zur Selbstverständlichkeit werden: Die Mehrsprachigkeit und Fähigkeit etwa, kulturell, geistig und politisch Brücken schlagen zu müssen zwischen verschiedenen Kulturen.

Europe arise: Dies ist das Erbe, das der FUEV von heute von der FUEV - Gründergeneration übergeben wird und das brandaktuell ist.

Packen wir`s an, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sein an einem Europa, das auf 4 Pfeilern ruht:

- Die grundlegenden säkularisierten Werte der christlichen Tradition, wie sie sich in den verbindlichen allgemeinen Menschenrechten niedergeschlagen haben, in den demokratisch - rechtsstaatlichen Institutionen und Strukturen,

- die Ergänzung dieser Werte durch Rechte und

Schutzbestimmungen, die die freie und ungehinderte Entfaltung der Völker und Nationalitäten gewährleisten und die gefährdeten unter ihnen schützen und fördern,

- die Wiederaufnahme der grossen Erzählung unseres Kontinentes, der Erzählung von der Vielfalt an Sprachen, Kulturen und Völkern, von deren freien und ungehinderten Entfaltung sowie vom kreativen Wettbewerb des Geistes und der Mentalitäten untereinander.

- es ist hier der Ort, das grosse Wort des dänischen Theologen und Poeten Grundtvig in Erinnerung zu rufen, das Wort FRIHED SAVEL FOR LOKE SAVEL FOR THOR, ein Appell zur Freiheit für die Widersprüche, ein Appell zur Aktualisierung der Idee

der Toleranz und der Achtung vor dem andern, die im Bewusstsein verankert ist, dass wir alle nur im Besitze von Teilwahrheiten sind und es absolute und einzige

Wahrheiten nicht gibt und nicht geben darf, und dass meine Freiheit nur dann gewährleistet ist, wenn ich sie auch dem andern zugestehe.

Dies ist der eigentliche Reichtum Europas, den gilt es wieder mit Leben zu erfüllen.

Damit eröffne ich den 44. Jubiläumskongress der FUEV in Hadersleben.

## **Hans Heinrich Hansen:**

*Chairman of the German minority in Denmark (Bund deutscher Nordschleswiger) and Vice-President of the Federal Union of European Nationalities*

The 50th anniversary of FUEN this year is overshadowed by a cruel war raging in Kosovo. For years the FUEN as a NGO has attempted to direct public attention to the problematic situation in Kosovo, particularly, so in May last year at the Prague meeting when we also sent an urgent appeal to Nato to provide troops for the protection of the Albanian population. The governments of Europe did not take FUEN`s appeal seriously, obviously proving that majorities in general tend to take minority problems lightly until they escalate.

In North Schleswig we recently held functions commemorating the first warlike national conflicts that took place here 150 years ago, with majority and minority celebrating those events together, it demonstrates the tolerance and mutual respect that are the basis for good relationship between majority and minority in our region. But also in our area a promising, lasting minority policy could only come into effect after 1955 when the Bonn-Copenhagen declarations were agreed upon, because the majority populations of Denmark and Germany had a common interest in

solving their respective minority problems - as a prerequisite for their future cooperation in Nato. At its Copenhagen meeting in 1990 the European Council decided to allow the NGO`s more influence, it is high time to put that decision into practice. Therefore, and on behalf of the Bund deutscher Nordschleswiger as organizing host, I would like to express this wish: that this congress confirm the solidarity of the FUEN community, and that its positive atmosphere may result in an appeal to the majority populations of Europe to translate their own principles concerning the rights of Man and of minorities into peaceful action. There will be no peace in Europe unless its minority problems are solved. I hope that all of you participating in this FUEN congress will have interesting days filled with offer you some glimpses of the cultural life of both the minority and the majority populations; that you will enjoy the nature around, and that the themes of this congress will also comply with some of your wishes. All in all, I bid you welcome here in Haderslev, in North Schleswig, in the German-Danish border region.

## . . . fifty years ago 1949–1999: The point of a struggle

By Joseph Martray, Founder and first Secretary General of FUEN

On the initiative of the Union des Fédéralistes de Bretagne, an astonishing congress took place at the Palais de Chaillot in Paris on 9 and 10 October 1949. Exactly four months after the United Nations General Assembly had adopted the Universal Declaration of Human Rights, several hundred representatives of 'European Regions' gather in the same place. Ethnic groups without a state or within a state also proclaim their rights: the rights of peoples that are ultimately the consequence of, or far more the basis for, human rights.

Indeed an astonishing assembly due to the unexpected number of participants from the capital of Jacobinism, from Bavaria, Scotland, Friuli, Walloon, Swiss cantons, Frisia, etc., and groups who had never before taken their places on an international stage to unite and declare their will for existence . . . not forgetting the Catalan and Basque exiles and two other representatives, also in exile, from a region already referred to at that time as being 'behind the Iron Curtain'. Such an unexpected success for everyone was that the French government, at the last minute, sent one of its young state secretaries to attend . . . François Mitterand.

As the Breton organiser asked to make the opening speech, I first underscored the point of this initiative, which—and I can say this today—was set up with considerable anxiety and uncertainty as regards the results and, in doing so, emphasised three principles.

'The first principle is that Europe must not just become a meeting of the states it consists of; it has to be the power of release, and nothing of the natural diversity it comprises, must be strange to it . . . The second principle is that ethnic groups and regions must be promoted without any kind of aggressive spirit. We do not want to set up barriers, but want to unfold this wealth, without which Europe would be impoverished . . . The third principle is that only total federalism can provide a

complete, progressive and final solution to the problem of European regions. Only federalism can guarantee the proportion of sovereignty the states are entitled to and the proportion the regional ethnic groups are entitled to.' And I closed with the sentence: 'It is our job to act so that the hour of Europe is the hour of emancipation, the hour of true freedom for us as regions.'

The hour of Europe? At that time, it seemed to lie far in the distance and we had no idea of the difficulties that would occur during the course of the coming decades to delay this or even prevent it. Of course,

the difficult ratification of the Maastricht Treaty, and the common currency begin its career as a truly federal instrument, while we thought things would happen much faster.

But as this is a historic issue oriented to establishing a united Europe, time is less important than the matter itself and the—political, institutional, economic, cultural—content of this Union. Will the federal hopes expressed in the Palais Chaillot be fulfilled, or have we at least come nearer to them? And what role have we played in this development,

The Europe of 1999 cannot be accused of totally ignoring regional realities embodying everyday issues when one considers that, before, it was split up into states, our old continent knew completely different divisions that were closer to the citizens and were called Brittany, Normandy, Aquitania, Lombardy, Flanders, Bavaria, Catalonia, Schleswig, etc. Incidentally, since the Maastricht Treaty there has been a regional committee at the European institutions whose influence is indubitably modest, but which indicates a certain tendency. And finally, the regions are more and more



From left to right **Joseph Martray**, Breton, Founder and first Secretary General of the FUEN, José - Antonio de Aguirre, **Charles Plisnier**, Wallon, first President of the FUEN und André Voisin.

eleven months before, from 7 to 9 May 1949, the glorious meeting had taken place in The Hague, opened by Winston Churchill, and the Council of Europe was founded in August 1949 as a consultative body. But the first real European institutions were not to follow until much later. The ECSC (European Coal and Steel Community) with only six countries as members was not established until 1952, Euratom (European Atomic Energy Commission) and, primarily, the EEC (European Economic Community), did not see the light of day until 1 January 1958. Not until fifty years after this congress of European regions did the European Union arise, after

each of course within his own methods and possibilities, but in the spirit of the constituent congress in April 1949?

Federal Europe or a Europe of national states? This issue has hardly abated. It has been marked by a series of failures, chiefly the failure of the EDC (European Defence Community) in 1954. But what does Europe look like on its fiftieth birthday in the field we refer to as internal federalism that was the reason for our meeting in Palais Chaillot and, six months later, for our meeting in Versailles? What does the respect for the rights of peoples look like who, in addition to the states, form the being of Europe?

obviously present in Brussels and are voicing their opinions alongside the states: thanks to us, these regional realities have asserted themselves at the Council of Europe, as shown by the passing of the European Charter on Regional and Minority Languages by the Assembly of Ministers.

In any case, the great change as compared to 1949 is that regionality is not only recognised in all large states; we are also seeing its strength grow, something which is irreversible as we all know. The latest example is the British one with autonomy for Scotland and Wales from 1 January 2000. The federal status that Germany was committed to after defeat in



1989: 40th anniversary in Versailles

## The FUEN-Congresses

**Foundation Nov. 19th to 20 th, 1949, F - Versailles**

1st Congress:	July 1st, 1950, NL - Ljouwert/Leeuwarden
2nd Congress:	June 8th to 10th, 1951, DK - København
3rd Congress:	May 21st to 23rd, 1954, D - Münster
4th Congress:	May 5th to 7th, 1955, GB - Cardiff/Wales
5th Congress:	May 17th to 20th, 1956, A - Fakersee
6th Congress:	June 6th to 8th, 1957, D - Westerland
7th Congress:	June 25th to 28th, 1958, A - Innsbruck
8th Congress:	July 23rd to 26th, 1959, D - Aachen
9th Congress:	June 4th to 6th, 1960, CH - Zuoz
10th Congress:	May 25th to 28th, 1961, B - Brügge
11th Congress:	May 30th to June 2nd, 1962, D - Flensburg
12th Congress:	May 16th to 18th, 1963, I - Aosta
13th Congress:	June 11th to 14th, 1964, D - Regensburg
14th Congress:	June 10th to 12th, 1965, NL - Ljouwert/Leeuwarden
15th Congress:	June 1st to 4th, 1966, I - Goricia
16th Congress:	May 20th to 22nd, 1967, DK - Åbenrå
17th Congress:	Sep. 12th to 15th, 1968, A - Lienz
18th Congress:	May 15th to 18th, 1969, F - Colmar
19th Congress:	May 6th to 9th, 1970, A - Eisenstadt
20th Congress:	May 19th to 22nd, 1971, S - Karlstadt
Regional:	May 8th to 11th, 1972, D - Jarplund
Regional:	Sep. 7th to 10th, 1972, I - Tarvisio
21st Congress:	May 24th to 27th, 1973, F - Saint-Malo
22nd Congress:	May 13th to 15th, 1974, I - Brixen/Bressanone
23rd Congress:	Sep. 12th to 14th, 1975, DK - København
Special:	Sep. 19th, 1976, GB - Edinburgh, Scotland*
24th Congress:	Sep. 23rd to 25th, 1977, A - Eisenkappel
25th Congress:	Oct. 6th to 8th, 1978, LUX - Luxemburg
26th Congress:	Sep. 14th to 16th, 1979, DK - Åbenrå
27th Congress:	May 5th to 7th, 1980, D - Düsseldorf
28th Congress:	April 26th to 28th, 1982, F - Straßbourg
29th Congress:	May 13th to 14th, 1983, B - Bruxelles
30th Congress:	May 16th to 18th, 1985, CH - Genf
31st Congress:	Oct. 2nd to 4th, 1987, D - Flensburg
32nd Congress:	Sep. 16th to 18th, 1988, B - Antwerpen
33rd Congress:	Apr. 21st to 23rd, 1989, F - Versailles
34th Congress:	Oct. 6th to 8th, 1989, I - Brixen/Bressanone
35th Congress:	May 24th to 26th, 1990, D - München
36th Congress:	May 9th to 11th, 1991, H - Budapest
37th Congress:	May 28th to 31st, 1992, D - Cottbus
38th Congress:	May 20th to 23th, 1993, D - Flensburg
39th Congress:	May 11th to 15th, 1994, PL - Gdansk
40th Congress:	May 20th to 24th, 1995, CH - St. Moritz
41st Congress:	May 15th to 19th, 1996, RO - Timisoara
42nd Congress:	May 7th to 11th, 1997, A - Pörtlach am Wörthersee
43rd Congress:	May 20th to 24th, 1998, CZ - Praha
44th Congress:	May 12th to 16th, 1999, DK - Haderslev

1945 has become a true opportunity for the country and, is without doubt, the reason for the 'German economic miracle' ...

But what is really a region in the true sense of the word, that must not be confused with a simple structure for economic planning. We speak of an 'ethnic region' derived from the Greek term ethnos that does not mean 'race' as is occasionally maintained, but 'a people'. I would like to refer here to the dictionary of philosophy by Paul Fouquié in which the word 'ethnic' is defined as

follows: 'technical neologism in sociology based on the Greek ethnos—people. A group of individuals, possibly belonging to various races and nations, who are united by a common civilisation.' A civilisation, that means a history, a lifestyle, a culture and, often, a language. In 1949, we hesitated with the vocabulary and chose the more general term 'nationalities'. It has since been made more precise as 'ethnic group' and I agree: on one condition, that the true meaning of the word 'ethnic' is adhered to with the total absence of any reference to race, which is not contained in the Greek origin of the term.

The term 'minority' remains and has two clearly different realities: the minorities identifying themselves with a home country they have become, or feel, detached from; and the minorities living isolated within the



Per Le Moine (l.), founder, former president and present Vicepresident of the FUEN with Romedi Arquint, present president of the FUEN



Dr. Karl Mitterdorfer, former President of the FUEN with two terms.



1979: 30th anniversary in Åbenrå

culture of a dominating state and having no intention of attaching themselves to another state. The solution remains the same in either case, as we suggested in 1949: a federal Europe of regions.

endeavour for centralisation are no longer appropriate. Regional activities constitute the economic power of tomorrow.' (Speech at Lyons, 24 April 1968).

Regions, ethnic communities, minorities no longer endeavour to split themselves off, even to found new states or correct the borders of

current states, but strive to assert a perception of power in Europe based on the subsidiarity principle—that has incidentally been included in the Maastricht Treaty—to reconstruct the natural order of things, in which man and the communities he develops in, retain the upper hand over the state.



Hans Ronald Jørgensen, former FUEN-President and former FUEN-Secretary General.

And would that be the end of states? At the most, it would be the end of Unitarian and centralised nation-states for which France provided the example for a long time; the France of Louis XIV—l'état, c'est moi—the France of the revolution, of Napoleon Bonaparte and the united and indivisible republic.



From left to right: **Jes Schmidt**, German in Denmark and former FUEN-Vicepresident, **Jytte Skadegård**, **Svend Johannsen**, former FUEN-Vicepresident and **Povl Skadegård**, former FUEN-Secretary General.

We had to wait for General de Gaulle to hear a different voice, but one which was unfortunately not heard: 'hundreds of years of

Thus, it was a great thought that we set in motion in the Palais de Chaillot in 1949 by recalling the existence and dynamism of these small communities, regions, ethnic minorities, etc. whose diversity embodies not just the uniqueness, but the wealth, of our old continent. It is consequently the job of Europe to secure their protection and development institutionally. That is the point of the struggle we initiated 50 years ago.



Armin Nickelsen, Secretary General of the FUEN from 1987 to 1999

**The Presidents of the FUEN**

		<b>from</b>	<b>till</b>
Charles Plisnier †	Walloon in Belgium	1949	- 1954
Dr. W. Kok †	Westfrisian in Netherlands	1954	- 1957
Earl Hans Joseph Matuschka †	German in Poland	1957	- 1959
Hans Schmidt †	North Schleswig German	1959	- 1963
Svend Johannsen †	South Schleswig Dane	1963	- 1967
Séverin Caveri †	South Tyrolean in Italy	1967	- 1969
Dr. Friedl Volgger †	South Tyrolean in Italy	1969	- 1969
Hans Ronald Jørgensen	South Schleswig Dane	1973	- 1977
Dr. Karl Mitterdorfer	South Tyrolean in Italy	1977	- 1982
Dr. Reginald Vospernik	Carinthian Slovene in Austria	1982	- 1986
Pierre Lemoine	Breton in France	1986	- 1990
Dr. Karl Mitterdorfer	South Tyrolean in Italy	1990	- 1994
Prof. Dr. Christoph Pan	South Tyrolean in Italy	1994	- 1996
Romedi Arquint	Rhaetian in Switzerland	since 1996	

**The Secretary Generals of the FUEN**

		<b>from</b>	<b>till</b>
Joseph Martray	Breton in France	1949	- 1952
Povl Skadegård †	Danish civil servant	1952	- 1974
Olav Meinhardt	South Schleswig Dane	1974	- 1982
Hans Ronald Jørgensen	South Schleswig Dane	1982	- 1987
Armin Nickelsen	North Schleswig German	1987	- 1999

## **Dr. Jørgen Kühl:**

*50 years of work with European minorities: FUEN 1949-99  
in Haderslev/Denmark , Mai 13, 1999*

In late autumn in 1949 in Versailles near the French capital, an organisation of minority associations and regionalists was founded which some years later took on the name Federal Union of European Nationalities. In 1999, FUEN can now look back on half a century as an organisation representing the interests of and promoting minorities and nationalities in Europe.

To mark this anniversary, the complete history of FUEN is currently being researched. The research project will result in the publication of a book at the end of the year that will contain approx. 250 pages plus numerous photographs and other illustrations to document the history and development of FUEN.

The work will be based on a very first analysis of the complete FUEN archives. Numerous other publications and interviews with people who have experienced these events will form the foundations. The FUEN Presiding Committee has provided access to all records between 1949 and 1999. This means that the work will be chiefly based on primary sources.

It is possible to divide the history of FUEN into several phases of development. The beginnings of the organisation are rooted in the European unity movement of post-war years when federal and regional groupings played a major role. The organisation, resolved at the first congress in Paris in April 1949 and founded at the second congress in Versailles in November 1949, was an element of European thinking. The term 'federal' was consequently not an original characteristic of the union's structure but has to be understood in the light of the predominant federal objectives of a united but decentrally structured Europe. Until the early sixties, FUEN remained a member of the Europe movement and had - like many other associations with the same objectives - a seat in the European Union.

The union was founded in two steps. Structuring also required several attempts. After the Union of Minorities and Regions was simultaneously founded with a National Council of Minorities and Regions, the Secretary General was located first in Paris, in the building of the French regionalists La Fédération. Although many meetings of the Presiding Committee were held in initial years, it soon became evident that the Union at that time would be doomed to failure if a new wave of enthusiasm could not be kindled. At the National Council meeting in Leeuwarden in 1950, this led to a resolution to convene another, third congress of minorities and ethnic groups in Copenhagen in 1951.

In Copenhagen, the Danish representative in the National Council, Jørgen Kiesbye Møller, founded an Oreganisationskomite with Povl Skadegård, among others, as a member. When Kiesbye Møller was

appointed upper Danish judge in Greenland, Skadegård took over his seat on the National Council and, as chairman of the committee, organised the successful Copenhagen Congress of 1951 with a handful of committed Danes. Financial funds were secured then by the Danish Minister of Foreign Affairs at that time Ole Bjørn Kraft, who had been Honorary President of the Union since Versailles without ever having actively worked for the organisation.

The congress in the Danish parliamentary building Christiansborg took on vital significance. New directions were resolved and an idealistic activism began to develop. A major decision was to establish an independent information office for minorities managed by Per Thaulow from Denmark that worked independently alongside the Secretary General until 1954. In particular, the office published the magazine *Small Nations*, whose contributions were conceived as an initial step towards achieving a manual of European minorities. At the same time, however, the fundamental idea of the Union changed. The National Council lost importance, the regionalists and federalists gradually left the Union but the close connection with the European Union initially remained. Shortly afterwards, Skadegård became Secretary General of the Union that took on its current German name, meaning Federal Union of European Nationalities in 1954, while the English version still contained the extension 'and Regions' for a number of years.

Skadegård introduced a reorganisation and amendments to the statutes and, with his wife Jytte, remained a major force behind the work. Several new member associations joined and FUEN attempted to gain pan-European significance. Despite repeated applications for an observatory status to the Council of Europe founded in 1949, this important international recognition was rejected again and again until it was finally obtained in 1989.

The era of Skadegård lasted until the early seventies. It was marked by idealism on the part of the Skadegårds couple, but also by a continual financial crisis that could ultimately only be solved when the associations of the Germans in Denmark and the Danes in Germany together resolved to pay the debts of FUEN. Added to this, the budget was secured with these two minority groups, the Southern Tyroleans and the Sudeten Germans contributing the largest amounts.

In Skadegård's years, the German exiles were also included in FUEN. In the other direction, Povl Skadegård also conducted projects with associations of exiles with whom he upheld a strong relationship. During this time, Skadegård's developed from being a very national Dane into an internationalist of conservative convictions, who now also involved

himself with the issues of the Sudeten Germans. The importance of the Skadegårds must not be underestimated. Without their involvement and commitment, FUEN would probably no longer exist. They invested their own energy organising - particularly Jytte Skadegård as head of organisation - congresses and undertook study trips to the various minority regions not only in the West, they were in Eastern Europe many times.

After the death of Jytte Skadegårds, Povl Skadegård retired from his office as Secretary General in the early seventies. The Union faced new orientation. Again it was the minorities in the German and Danish border areas who played a major role. Numerous attempts were made to form a more effective organisation and establish a sound financial basis. In this respect, FUEN was once more striving more for recognition within Europe and at the Council of Europe. However, a financial demand was never made. Similarly, the attempts to continue the tradition of the Congress of Nationalities met with little success initially. The Congress of Nationalities in 1985 in Geneva did not have the signalling effect hoped for. Later, the Congress on Nationalities was still named as such, but FUEN was an organisation and, despite clearly expressed ambitions, could not function as a continuation of the Congress on Nationalities. In addition to this, a certain competitive situation arose with a number of other international organisations who had devoted themselves to the minority issue. The Celtic and Southwestern European minorities established their own forums. A new organisation was also financially promoted by European Parliament: the European Bureau for Lesser Used languages in Dublin, while FUEN's attempts to obtain the respective funds remained fruitless.

With the political turnarounds between 1989 and 1991 in Central and Eastern Europe, FUEN gained new impetus. Despite the predominant enthusiasm, the anniversary congress in 1949 FUEN seemed to have reached the limits of its ability. Only 2 years later at the congress in Budapest, new objectives were defined. The Eastern European challenge was overcome by establishing contact with those minorities who had only temporarily or not at all been integrated in the work. However, one point must be emphasised here: FUEN never lost sight of the issue of minorities in Eastern Europe. FUEN repeatedly launched initiatives to establish contact and seek cooperation.

After 1990, numerous new associations became members of FUEN. Particularly German and Hungarian minorities quickly submitted applications for admission as well as many other minorities who joined FUEN.

The organisation of this expansion placed new demands on the structures. This is why FUEN had to professionalise its structures in the mid-nineties, which only becomes possible with a sound financial basis. In this respect, institutional subsidies from the federal state of Schleswig-Holstein, South Tyrol and Trento

played a significant role. Added to this, the Hermann-Niermann Foundation promoted the Secretary General. Despite these supportive funds, however, it must be said that in 1999, FUEN still does not possess such a strong structure that it could be active for minorities in the degree it desires. Since 1949, the financial scope has consequently been defining the framework conditions for FUEN.

The tasks of FUEN today are far more numerous and far more complex than ever. The importance of this minority organisation is greater than 10, 20, 30 or 50 years ago. It now enjoys international recognition and its ideas, suggestions and expertises are being listened to more and more frequently. The decisive step towards this recognition came with the compilation of a draft convention (the so-called Bolzano Draft) that was unanimously resolved at the 1992 congress in Cottbus and was subsequently submitted to the European institutions and numerous foreign ministries. In this respect, FUEN is continuing in its endeavours to attain acceptance of pan-European minority rights. During the period of FUEN President Matuschka in 1956, the first 'Main principles of rights for minority groups' were resolved. These principles were compiled with financial assistance from the Federal Foreign Office in Bonn, revised since the mid-sixties and a new version was passed in 1967 in Benra. At the Congress on Nationalities in 1985 in Geneva a new version was passed. The interest in international legislation for ethnic groups is consequently one of the points most persistently pursued by FUEN, and today, in the light of hostile disputes in Europe, has lost none of its urgency or topicality.

## **Dr. Jørgen Kühl:**

*50 Jahre europäische Minderheitenarbeit: FUEV 1949-1999  
in Haderslev/Dänemark am 13. Mai 1999*

Im Spätherbst des Jahres 1949 wurde in Versailles nahe der französischen Hauptstadt Paris eine Organisation von Minderheitenverbänden und Regionalisten gegründet, die einige Jahre später den Namen Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen bekam. 1999 kann die FUEV somit auf ein halbes Jahrhundert als Interessenorganisation von und zugunsten von Minderheiten und Nationalitäten in Europa zurückblicken. Aus Anlaß dieses Jubiläums wird zur Zeit die Gesamtgeschichte der FUEV erforscht. Das Forschungsvorhaben wird Ende des Jahres zu einer Buchpublikation führen mit einem Umfang vom ca. 250 Seiten. Hinzu kommen zahlreiche Fotos und andere Illustrationen, die die Geschichte und Entwicklung der FUEV ausleuchten.

Die Untersuchung basiert auf die erstmalige Analyse des Gesamtarchivs der FUEV. Außerdem werden eine Vielzahl weiterer Publikationen sowie Interviews mit Zeitzeugen die Quellengrundlage bilden. Das Präsidium der FUEV hat den Zugang zu sämtlichen Akten des Zeitraumes 1949-99 ermöglicht. Somit stützt sich die Untersuchung überwiegend auf primäres Quellenmaterial.

Es ist möglich, die Geschichte der FUEV in mehreren Entwicklungsstufen zu unterteilen. Die Anfänge der Organisation liegen in der europäischen Einheitsbewegung der Nachkriegszeit, wobei insbesondere föderalistische und regionalistische Gruppierungen eine hervorgehobene Rolle spielten. Die Organisation, die auf dem ersten Kongreß im April 1949 in Paris beschlossen und auf dem zweiten Kongreß in Versailles im November 1949 gegründet wurde, war Bestandteil des Europagedankens. Der Begriff "Föderalistisch" war somit ursprünglich kein Charakteristikum der Struktur des Verbandes, sondern muß im Sinne der damals vorherrschenden föderalistischen Bestrebungen nach einem geeinten, aber dezentral strukturierten Europa verstanden werden. Bis Anfang der 1960er Jahre verblieb die FUEV Mitglied in der Europaunion und hatte - wie eine Reihe anderer Verbände mit gleicher Zielsetzung - Sitz und Stimme in der Europa-Union.

Die Gründung des Verbandes erfolgte in zwei Schritten. Die Strukturierung erforderte ebenfalls mehrere Anläufe. Nachdem die Union der Minderheiten und Regionen zugleich mit einem Bundesrat der Minderheiten und Regionen gegründet worden war, befand sich das Generalsekretariat zunächst in Paris im Gebäude der französischen Regionalisten La Fédération. Obgleich mehrere Vorstandssitzungen in den ersten Jahren abgehalten wurden, wurde allerdings recht bald deutlich, daß die damalige Union zum Scheitern verurteilt war, falls nicht ein neuer Begeisterungsschub entfacht werden konnte. Dies führte auf der Bundesratsversammlung in Leeuwarden 1950 zu dem Entschluß, einen weiteren, insgesamt dritten Kongreß der Minderheiten und Volksgruppen 1951 in Kopenhagen einzuberufen.

In Kopenhagen gründete der dänische Vertreter im Bundesrat, Jørgen Kiesbye Møller, ein Organisationskomitee mit u.a. Povl Skadegård als Mitglied. Als Kiesbye Møller zum obersten dänischen Richter auf Grönland ernannt wurde, übernahm Skadegård dessen Sitz im Bundesrat und organisierte gemeinsam mit einer Handvoll engagierten Dänen als Komiteevorsitzender den erfolgreichen Kopenhagener Kongreß 1951. Die Finanzierung wurde letztendlich durch den damaligen dänischen Außenminister Ole Bjørn Kraft gesichert, der seit Versailles Ehrenpräsident der Union war, ohne jedoch jemals aktiv an der Arbeit teilzunehmen.

Der Kongreß im dänischen Parlamentsgebäude Christiansborg wurde von weitreichender Bedeutung. Hier wurden die Weichen erneut gestellt, und ein idealistischer Aktivismus fing an, sich zu entfalten. Ein wichtiger Entschluß war die Gründung eines eigenständigen Informationsbüros für Minderheiten, daß vom Dänen Per Thaulow geleitet wurde, und das bis 1954 selbständig neben dem Generalsekretariat arbeitete. Das Büro gab insbesondere die Zeitschrift *Small Nations* heraus, deren Beiträge als Vorstufe für ein Handbuch der europäischen Minderheiten konzipiert waren. Gleichzeitig änderte sich allerdings auch die Grundlage der Union. Der Bundesrat verlor an Bedeutung, die Regionalisten und Föderalisten verabschiedeten sich in der Folge allmählich aus der Union, während allerdings die enge Verknüpfung mit der Europa-Union zunächst weiterbestehen sollte. Kurz darauf wurde Skadegård Generalsekretär der Union, die 1954 den derzeitigen deutschen Namen Föderalistische Union der Europäischen Volksgruppen bekam, während die englische Fassung noch einige Jahre den Zusatz "and Regions" führte..

Skadegård führte eine Reorganisation und Satzungsänderungen durch und prägte gemeinsam mit seiner Gattin Jytte die weitere Arbeit. Mehrere neue Mitgliedsverbände kamen hinzu, und die FUEV versuchte, eine gesamteuropäische Bedeutung zu erlangen. Trotz wiederholter Anträge auf ein Beobachterstatus beim 1949 gegründeten Europarat, wurde diese bedeutende internationale Anerkennung jedoch immer wieder verweigert, bis er schließlich 1989 dennoch erreicht wurde.

Die Ära Skadegård dauerte bis Anfang der 1970er Jahre. Sie war gekennzeichnet vom Idealismus des Ehepaares Skadegårds, aber auch durch eine ständige finanzielle Krise, die letztendlich nur dadurch gelöst werden konnte, daß die Verbände der Deutschen in Dänemark und der Dänen in der Bundesrepublik gemeinsam den Entschluß faßten, zumindest die Schulden der FUEV zu begleichen. Hinzu kam eine Absicherung des Etats, wobei diese beiden Minderheiten gemeinsam mit den Südtirolern und dem Sudetendeutschen Rat die größten Beiträge erbrachten.

In der Zeit Skadegårds fällt auch die Miteinbeziehung der deutschen Vertriebenen in die FUEV.

Umgekehrt engagierte Povl Skadegård sich auch in Projekten der Vertriebenenverbände, zu denen er ein inniges Verhältnis pflegte. In dieser Zeit wandelte Skadegård sich von einem sehr national eingestellten Dänen zu einem Internationalisten konservativer Prägung, der sich nicht zuletzt der Belange der Sudetendeutschen annahm. Die Bedeutung der Skadegårds ist nicht zu unterschätzen. Ohne ihr Engagement gäbe es wahrscheinlich heute keine FUEV. In Eigenarbeit organisierten sie - und insbesondere Jytte Skadegård als Organisationsleiterin - die Kongresse und unternehmen Studienfahrten in die verschiedenen Minderheitsgebieten in West-, aber mehrfach auch nach Osteuropa.

Nach dem Tode Jytte Skadegårds trat auch Povl Skadegård Anfang der 1970er Jahre von seinem Amt als Generalsekretär zurück. Die Union mußte sich neu orientieren. Dabei spielten wiederum die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland sowie die Südtiroler eine prägende Rolle. Es wurden zahlreiche Versuche unternommen, eine effektivere Organisation zu bilden und zudem eine gesicherte finanzielle Basis zu finden. In diesem Zusammenhang strebte die FUEV wieder verstärkt nach europäischer Anerkennung auch im Europaparlament. Zu einer finanziellen Förderung kam es jedoch nie. Auch die Versuche, die Tradition der Nationalitätenkongresse der Zwischenkriegszeit fortzuführen, waren zunächst wenig erfolgreich. Der Nationalitätenkongreß 1985 in Genf hatte nicht die erhoffte Signalwirkung. Später wurde zwar die Benennung Nationalitätenkongresse fortgeführt. Die FUEV war aber eine Organisation und konnte trotz eindeutig artikulierte Ambitionen nicht als Fortsetzung der Nationalitätenkongresse funktionieren. Hinzu kam eine gewisse Konkurrenzsituation im Verhältnis zu einer Reihe anderer internationaler Organisationen, die sich der Minderheitenfrage annahm. Die keltischen und südwesteuropäischen Minderheiten gründeten eigene Foren. Eine neue Organisation wurde seitens des Europaparlaments auch finanziell gefördert: das Europäische Büro für Weniger Verbreitete Sprachen in Dublin, während Bestrebungen seitens der FUEV nach einer entsprechenden Förderung erfolglos verblieben.

Mit den politischen Umbrüchen der Jahre 1989-91 in Mittel- und Osteuropa wurde die FUEV erneuert. Der Jubiläumskongreß 1949 war trotz aller vordergründiger Begeisterung dennoch davon geprägt, daß die FUEV damals am Ende seiner Möglichkeiten angelangt erschien. Bereits zwei Jahre später wurden auf dem Kongreß in Budapest neue Zielsetzungen gefunden. Die osteuropäische Herausforderung wurde bewältigt, indem umgehend Kontakt aufgenommen wurde mit denjenigen Minderheiten, die in den vorhergegangenen Jahren nur vorübergehend oder gar nicht in die Arbeit integriert gewesen waren. Hier soll allerdings unterstrichen werden, daß die Thematik der Minderheiten in Osteuropa nie von der FUEV ganz außer Augen verloren ging. Die FUEV unternahm immer wieder Initiativen, um Kontakte herzustellen und Zusammenarbeitsformen zu finden.

Nach 1990 wurden zahlreiche neue Verbände

Mitglied der FUEV. Insbesondere deutsche und ungarische Minderheiten stellten zügig Anträge auf Aufnahme, aber auch viele andere Minderheiten fanden den Weg in die FUEV.

Die organisatorische Expansion stellte neue Anforderungen an die Strukturen. Deshalb wurde Mitte der 1990er Jahre eine Professionalisierung der FUEV erforderlich. Dies läßt sich jedoch nur durch eine gesicherte finanzielle Basis ermöglichen. In diesem Zusammenhang spielen institutionelle Förderungen des Landes Schleswig-Holstein, Südtirols und Trients eine wichtige Rolle. Hinzu kommt eine Förderung des Generalsekretariats durch die Hermann-Niermann-Stiftung. Trotz dieser Förderung muß jedoch 1999 festgestellt werden, daß die FUEV noch nicht eine so starke Struktur besitzt, daß sie in dem Maße für Minderheiten aktiv sein kann, wie sie es erstrebt. Seit 1949 zeichnen somit die Finanzmittel auch die jeweiligen Rahmenbedingungen der FUEV auf.

Die Aufgaben der FUEV sind heute noch zahlreicher, aber auch komplexer denn je. Die Bedeutung dieser Minderheitenorganisation ist heute größer als vor 10, 20, 30 oder 50 Jahren. Sie ist heute international anerkannt und ihre Vorstellungen, Anregungen und Gutachten werden immer häufiger auch gehört. Der entscheidende Schritt zur Anerkennung war dabei die Ausarbeitung eines Konventionsentwurfes (der sogenannte Bozener Entwurf), der auf dem Kongreß 1992 als Cottbusser einstimmig beschlossen wurde und daraufhin den europäischen Institutionen sowie zahlreichen Außenministerien überreicht wurde. Hiermit setzte die FUEV ihre Bestrebungen fort, die Annahme eines gesamteuropäischen Minderheitenrechts zu erreichen. Bereits in der Zeit des FUEV-Präsidenten Matuschkas wurden 1956 die ersten "Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts" beschlossen. Diese durch finanzielle Förderung des Auswärtigen Amtes in Bonn erarbeiteten Grundsätze wurden seit Mitte der 1960er Jahre überarbeitet und wurden 1967 in Apenrade in einer neuen Fassung verabschiedet. Auf dem Nationalitätenkongreß in Genf 1985 wurde eine erneuerte Fassung angenommen. Das Interesse für ein internationales Volksgruppenrecht ist somit sicherlich einer der Programmpunkte, die am hartnäckigsten von der FUEV verfolgt worden ist und das heute angesichts kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa nichts an Dringlichkeit und Aktualität verloren hat.

## **Dr. Jørgen Kühl:**

*50 ans d'activités européennes en faveur des minorités: l'UFCE 1949-1999*

A la fin de l'automne de 1949, c'est à Versailles près de Paris qu'a été fondée une organisation d'associations de minorités et de régionalistes qui a été baptisée quelques années plus tard Union Fédéraliste des Communautés Ethniques en Europe. En 1999, l'UFCE peut donc faire un examen rétrospectif d'un demi-siècle en tant qu'organisation d'intérêts de et au profit de minorités et de nationalités en Europe.

A l'occasion de cet anniversaire, nous étudions actuellement l'histoire entière de l'UFCE. Le projet de recherche se clôturera à la fin de l'année par une publication d'environ 250 pages où viennent s'ajouter de nombreuses photos et autres illustrations qui éclairent l'histoire et l'évolution de l'UFCE.

L'étude se base sur la première analyse des archives complètes de l'UFCE. De plus, un grand nombre d'autres publications et interviews avec des témoins de l'époque en constitueront la base. Le comité directeur a permis l'accès à l'ensemble des dossiers de l'époque comprise en 1949 et 1999. L'étude repose donc principalement sur des sources primaires.

Il est possible de diviser l'histoire de l'UFCE en plusieurs niveaux d'évolution. Les débuts de l'organisation remontent au mouvement d'unification européenne de l'époque d'après-guerre pendant lequel les groupements fédéralistes et régionalistes jouent un rôle sensible. L'organisation qui a été décidée lors du premier congrès en avril 1949 à Paris et fondée lors du second congrès à Versailles en novembre 1949, faisait partie intégrante de l'idée européenne. Le terme «fédéraliste» n'était donc pas initialement une caractéristique de la structure de l'Union, mais doit être compris dans le contexte des efforts fédéralistes prédominants à cette époque en vue de créer une Europe unie, mais non centralisée. Jusqu'au début des années 60, l'UFCE est restée membre dans le mouvement européen, et avait, tout comme d'autres associations poursuivant le même objectif, le droit de vote et de siège dans l'Union européenne.

La fondation de l'Union s'est réalisée en deux étapes. La structuration a nécessité également plusieurs démarrages. Après que l'Union des minorités et des régions a été fondée en même temps qu'un Conseil fédéral des minorités et des régionaux, le secrétariat général avait d'abord son siège à Paris dans les locaux des régionalistes français, La Fédération. Bien que plusieurs réunions du bureau ont eu lieu au cours des premières années, on s'est très vite rendu compte que l'Union de cette époque était vouée à l'échec si un nouvel élan d'enthousiasme n'arrivait pas à se déployer. Ceci a entraîné, à l'assemblée du conseil fédéral à Leeuwarden en 1950, la décision de convoquer un autre congrès des minorités et des communautés ethniques, le troisième au total, qui a eu lieu en 1951 à Copenhague.

A Copenhague, le représentant danois au Conseil fédéral, Jørgen Kiesbye Møller, a fondé un comité d'organisations avec entre autres Povl Skadegård en tant que membre. Lorsque Kiesbye Møller a été nommé juge danois suprême au Groenland, Skadegård a pris son poste au Conseil fédéral et a organisé, au titre de président du comité en coopération, le Congrès de Copenhague de 1951 avec quelques Danois engagés. Le financement a été pour finir garanti par le Ministre danois des Affaires étrangères, Ole Bjørn Kraft, qui était depuis Versailles président honoraire de l'Union, sans toutefois participer activement aux activités.

Le Congrès dans les bâtiments du Parlement danois Christiansborg a eu une importance considérable. On y a jeté à nouveau les bases, et un activisme idéaliste a commencé à se déployer. Une décision importante a été la fondation d'un bureau d'informations autonome pour les minorités qui a été dirigé par le Danois Per Thaulow, et qui a travaillé de manière indépendante jusqu'en 1954 à côté du secrétariat général. Le Bureau a publié notamment la revue *Small Nations* dont les articles étaient conçus comme étage préliminaire à un Manuel des Minorités européennes. En même temps, la base de l'Union s'est également modifiée. Le Conseil fédéral a perdu son importance, les régionalistes et fédéralistes ont quitté ensuite petit à petit l'Union tandis que l'étroite liaison avec l'Union européenne devait bien sûr continuer d'exister.

Peu après, Skadegård est devenu secrétaire général de l'Union qui obtint le nom allemand actuel en 1954 «Föderalistische Union der Europäischen Volksgruppen» (Union Fédéraliste des Communautés ethniques en Europe), tandis que le nom anglais a continué encore quelques années d'avoir le complément «and regions».

Skadegård a réalisé une réorganisation et des modifications de statuts, et a marqué les activités ultérieures avec son épouse Jytte. Plusieurs autres associations membres ont rejoint l'UFCE, et celle-ci a essayé d'acquérir une importance pan-européenne. Malgré les plusieurs demandes déposées en vue d'obtenir le statut d'observateur auprès du Conseil d'Europe fondé en 1949, cette importante reconnaissance internationale a toujours été refusée jusqu'en 1989.

L'ère Skadegård a duré jusqu'au début des années 70. Elle a été marquée par l'idéalisme du couple Skadegård, mais aussi par une crise financière permanente qui a pu être enfin résorbée par la décision qu'ont pris en commun les Associations des Allemands au Danemark et des Danois en République fédérale d'Allemagne de régler au moins les dettes de l'UFCE. A cela s'est ajoutée une garantie du budget, ces deux minorités ayant apporté les plus grandes cotisations

avec les Tyroliens du Sud et le Conseil des Allemands des Sudètes.

L'époque Skadegård est caractérisée par l'intégration des expulsés allemands au sein de l'UFCE. Inversement, Povl Skadegård s'est également engagé dans les projets des associations d'expulsés avec lesquelles il a entretenu une cordiale relation. A cette époque, Skadegård, un danois aux idées très nationalistes, est devenu un internationaliste au caractère conservateur, qui ne s'occupait pas seulement des intérêts des Allemands des Sudètes. L'importance des Skadegård ne doit pas être sous-estimée. Sans leur engagement, l'UFCE n'existerait sûrement pas aujourd'hui. Ils ont organisé eux-mêmes, et notamment Jytte en qualité de chef d'organisation, les congrès et ont entrepris des voyages d'études dans plusieurs régions de minorités à l'Ouest, mais aussi à plusieurs reprises en Europe de l'Est.

Après la mort de Jytte Skadegård, Povl Skadegård s'est retiré au début des années 70 de ses fonctions de secrétaire général. L'Union a dû alors se réorienter. Ce faisant, les minorités dans la région frontalière germano-danoise et ainsi que les Tyroliens du Sud y ont joué un rôle important. Plusieurs tentatives ont été entreprises pour créer une organisation plus efficace et pour trouver en plus une base financière sûre. Dans ce contexte, l'UFCE s'est efforcée de plus en plus à obtenir une reconnaissance européenne également auprès du Parlement européen. Un support financier n'a toutefois jamais été accordé. Mais les tentatives visant à maintenir la tradition des congrès de nationalités de l'époque entre deux guerres n'ont pas remporté le succès attendu. Le Congrès des nationalités en 1985 à Genève n'a pas eu l'effet espéré. On a toutefois gardé par la suite l'appellation Congrès des Nationalités. Mais l'UFCE était une organisation et ne pouvait pas fonctionner en tant que continuation des congrès de nationalités malgré ses ambitions clairement formulées. A cela s'est ajoutée une certaine situation de concurrence vis-à-vis d'autres organisations internationales qui s'occupaient de problèmes de minorités. Les minorités celtes et celles d'Europe du sud-ouest ont fondé leurs propres forums. Une nouvelle organisation a été également soutenue financièrement par le Parlement européen : le Bureau Européen des Langues moins répandues à Dublin tandis que les efforts de l'UFCE visant un soutien correspondant sont restés sans succès.

Les renversements politiques de 1989 à 1991 en Europe centrale et de l'Est ont entraîné une restauration de l'UFCE. Malgré tout l'enthousiasme de premier plan, le congrès anniversaire de 1949 était toutefois marqué par le fait que l'UFCE paraissait à cette époque arrivée au bout de ses possibilités. Déjà deux ans après, elle a trouvé de nouveaux objectifs lors du Congrès de Budapest. Le défi est-européen a été surmonté en prenant

immédiatement contact avec les minorités qui n'avaient pas été intégrées dans les activités au cours des années précédentes ou que de façon temporaire. Il faut toutefois souligner ici que l'UFCE n'avait jamais entièrement perdu de vue la thématique des minorités en Europe de l'Est. L'UFCE n'a pas cessé de prendre des initiatives pour établir les contacts et trouver des formes de coopération.

Après 1990, de nombreuses nouvelles associations sont devenues membres de l'UFCE. Notamment des minorités allemandes et hongroises ont déposé très vite des demandes d'adhésion, mais aussi beaucoup d'autres minorités ont rejoint l'UFCE.

L'expansion a exigé de nouvelles structures sur le plan de l'organisation. Par conséquent, une professionnalisation de l'UFCE a été nécessaire au milieu des années 90. Ceci n'a pas pu être possible qu'en assurant une base financière adéquate. Dans ce rapport, les aides financières institutionnelles du Land Schleswig-Holstein, des régions autonomes Tyrol du Sud et de Trentin ont joué un rôle décisif. A cela s'ajoute un soutien financier du secrétariat général apporté par la fondation Hermann Niermann. Malgré ce soutien, on a dû toutefois constater en 1999 que l'UFCE n'a pas encore une structure aussi forte qu'elle le souhaiterait pour lui permettre d'être active en faveur des minorités. Depuis 1949, les moyens financiers marquent ainsi les conditions cadres respectives de l'UFCE.

Les fonctions de l'UFCE sont aujourd'hui encore plus nombreuses, mais aussi plus complexes que jamais. L'importance de cette organisation de minorités est aujourd'hui plus grande qu'il y a 10, 20, 30 ou 50 ans. Elle est reconnue aujourd'hui à l'échelle internationale et ses idées, suggestions et expertises sont de plus en plus écoutées. Le pas décisive vers la reconnaissance a été l'étude d'un projet de convention (le projet dit projet de Bolsano) qui a été décidé à l'unanimité au Congrès de 1992 et qui a été ensuite transmis aux institutions européennes ainsi qu'à de nombreux ministères des affaires étrangères. L'UFCE a alors continué ses efforts en vue de l'adoption d'un droit des minorités pan-européen. Déjà à l'époque du président de l'UFCE, Matuschkas, en 1956, les premiers «principes fondamentaux d'un droit de communauté ethnique» avaient été décidés. Ces principes étudiés grâce au soutien financier du service des affaires extérieures à Bonn ont été révisés depuis le début des années 60 et votés en 1967 à Apenrade sous une nouvelle forme. Au Congrès des Nationalités à Genève en 1985, une version modifiée a été adoptée. L'intérêt porté à un droit de communauté ethnique international est donc sans aucun doute l'un des points auquel l'UFCE a tenu avec la plus grande ténacité et qui n'a pas perdu aujourd'hui son caractère urgent et actuel eu égard aux conflits guerriers en Europe.

## Йорген ≠юль:

*50 лет работы на благо европейских меньшинств:  
ФСЕНМ 1949-1999 гг.*

Поздней осенью 1949 года в Версале, неподалеку от французской столицы Парижа, была основана организация союзов национальных меньшинств и региональных объединений, несколько лет спустя получившая название Федералистский союз европейских национальных меньшинств. В 1999 году настала пора оглянуться на пройденный путь, полувековую работу ФСЕНМ в интересах и на благо европейских меньшинств.

В связи с этой годовщиной в настоящее время ведутся исследования истории ФСЕНМ. Результатом исследовательской работы, которой предстоит завершиться к концу этого года, станет публикация книги объемом примерно 250 страниц. В книгу также войдут фотографии и другой документальный материал, иллюстрирующий историю и развитие ФСЕНМ.

В основе исследования лежат результаты первого полного анализа общего архива ФСЕНМ. ≠роме того, источниками информации служат различные публикации и газетные интервью. Президиум ФСЕНМ обеспечил доступ ко всем архивным материалам 1949-99 годов. Тем самым исследование опирается преимущественно на первоисточники.

Историю ФСЕНМ можно подразделить на ряд этапов. Истоки организации лежат в движении за европейское единство послевоенного периода, в котором особо важную роль играли федералистские и регионалистские группировки. Организация, решение о создании которой было принято на первом конгрессе в Париже в апреле 1949 года и которая была официально основана на втором конгрессе в Версале в ноябре 1949 года, стала составной частью европейской мысли. Тем самым, понятие "федералистский" первоначально не являлось характеристикой структуры союза, но должно было пониматься в контексте распространенных федералистских устремлений того времени — усилий по созданию единой, но при этом децентрализованной Европы. До начала 60-х годов ФСЕНМ оставался членом движения за объединение Европы и имел — как и другие общественные объединения, преследующие аналогичные цели — свое место и голос в Союзе Европы.

Основание союза происходило в два этапа.

Для формирования организационной структуры также потребовался ряд отдельных шагов. После основания Союза меньшинств и регионов одновременно с Федеральным советом по делам меньшинств и регионов офис Генерального секретариата находился сперва в здании французских регионалистов "Ла Федерасьон". Несмотря на многочисленные заседания правления в первые годы очень быстро стало очевидным, что тогдашний союз будет обречен на неудачу в том случае, если не удастся вызвать новую волну воодушевления и эмоционального подъема. В связи с этим на заседании федерального совета в Леувардене (Нидерланды) в 1950 году было принято решение о созыве следующего — третьего — ≠онгресса меньшинств и народностей в 1951 году в ≠опенгагене.

В ≠опенгагене датским представителем в Федеральном совете Йоргеном ≠исбю Мёллером был основан организационный комитет, в который в числе прочих вошел и Повл Скадегор. После назначения ≠исбю Мёллера верховным датским судьей в Гренландии его место в Федеральном совете занял Скадегор, который в качестве председателя оргкомитета и при поддержке группы датских энтузиастов организовал прошедший с большим успехом конгресс 1951 года в ≠опенгагене. Финансовую поддержку обеспечил тогдашний министр иностранных дел Дании Оле Бьорн ≠рафт, который со времени проведения Версальского конгресса формально являлся почетным президентом союза, не принимая, однако, активного участия в работе.

≄онгресс, состоявшийся в здании парламента Дании ≠ристиансборге, имел огромное значение. Были заданы новые ориентиры, началась активная, проникнутая идеализмом, деятельность. Важным шагом было решение об основании отдельного информационного агентства национальных меньшинств, которое возглавил датчанин Пер Таулов и которое до 1954 года работало самостоятельно, параллельно с Генеральным секретариатом. В частности, агентство стало издателем журнала "Small Nations" ("Малые народы"), статьи в котором выполняли подготовительную функцию для создания справочника европейских меньшинств. Одновременно произошли изменения в основах Союза. Федеральный совет утратил свое значение, последовал постепенный выход регионалистов и федералистов из состава Союза, хотя тесная

связь с Союзом Европы вначале и сохранялась. Вскоре генеральным секретарем Союза стал Скадегор. В 1954 году Союз получил его сегодняшнее немецкоязычное наименование — *Föderalistische Union der Europäischen Volksgruppen* (Федералистский союз европейских национальных меньшинств), при этом в англоязычном названии Союза в течение еще нескольких лет сохранялось дополнительное определение "and Regions" ("... и регионов").

Скадегор провел реорганизацию и инициировал изменения устава, он и его супруга Ютте в большой степени определяли характер дальнейшей деятельности Союза. Были приняты новые коллективные члены. Союз стремился к приобретению общеевропейского значения. Несмотря на многократные заявления о приеме в основанный в 1949 году Совет Европы в качестве организации-наблюдателя Союзу отказывали в присвоении этого важного международного статуса вплоть до 1989 года.

Эра Скадегора продолжалась до начала 70-х годов. Она была отмечена идеализмом, свойственным чете Скадегоров, а также постоянным финансовым кризисом, преодолеть который удалось в конечном итоге лишь благодаря совместному решению Союза немцев Дании и Союза датчан Федеративной Республики Германия о выплате долгов ФСЕНМ. За этим последовало решение об обеспечении бюджета, при этом важнейшую финансовую поддержку наряду с указанными объединениями меньшинств оказали также объединения южнотирольцев и судетских немцев.

На время Скадегора приходится и вовлечение организаций насильственно переселенных немцев в ФСЕНМ. Повл Скадегор привлекал к участию в проектах союзы беженцев, с которыми его связывали особо близкие отношения. В это время Скадегор последовательно трансформировался из датчанина националистической ориентации в интернационалиста консервативного толка, не в последнюю очередь важную роль в этом процессе играла и внимание к проблемам судетских немцев. Значение Скадегора нельзя недооценивать. Без его энтузиазма и преданности общему делу сегодня ФСЕНМ, вероятно, не было бы. Личными усилиями Скадегора и его супруги Ютте организовывались конгрессы, осуществлялись ознакомительные поездки для изучения ситуации различных национальных меньшинств не только в Западной, но и в Восточной Европе.

После смерти жены Повл Скадегор в начале 70-х годов сложил с себя обязанности генерального секретаря ФСЕНМ. Союзу предстояла переориентация. Как и прежде, особо важную роль при этом играли объединения меньшинств немецко-датского пограничного региона и южных тирольцев. Были предприняты многочисленные попытки сформировать более эффективную организацию и стабилизировать финансовую базу. В этой связи ФСЕНМ предпринял очередные усилия к признанию его Европейским парламентом. Заручиться финансовой поддержкой, однако, так и не удалось. Попытки продолжить традицию конгрессов национальностей первого послевоенного времени также не имели большого успеха. Конгрессу национальностей 1985 года в Вене не удалось вызвать сигнальный эффект, на который рассчитывали. Позже, однако, проведение съездов под названием "Конгресс национальностей" было продолжено. ФСЕНМ при этом был организацией, которая несмотря на однозначно заявленные планы и устремления не могла функционировать как продолжение конгрессов национальностей. Ситуацию дополнительно усугубляло отношение к ряду других международных организаций, также занимающихся вопросами национальных меньшинств. Ельтские организации и объединения национальных меньшинств Юго-Восточной Европы организовали собственные форумы. Европейский парламент стал оказывать финансовую поддержку новой организации: Европейскому агентству малораспространенных языков в Дублине, в то время как все попытки ФСЕНМ заручиться финансовой поддержкой так и остались безуспешными.

Радикальные политические преобразования 1989-91 годов в Центральной и Восточной Европе привели к обновлению Союза. Юбилейный конгресс 1989 года несмотря на явный эмоциональный подъем был тем не менее отмечен осознанием того, что все возможности ФСЕНМ в ту пору, казалось, были исчерпаны. Два года спустя на конгрессе в Будапеште были намечены новые цели и задачи. ФСЕНМ незамедлительно отреагировал на актуальные события в Восточной Европе установлением контакта с теми меньшинствами, которые до этого лишь изредка и нерегулярно участвовали в деятельности Союза или вообще не были охвачены работой Союза. При этом следует особо подчеркнуть то, что Союз никогда не упускал из виду проблемы меньшинств

Восточной Европы. Последовали новые инициативы Союза, направленные на установление контактов и поиск оптимальных форм сотрудничества.

После 1990 года в ФСЕНМ был принят целый ряд новых организаций. Одними из первых подали заявления о вступлении в Союз организации немецких и венгерских меньшинств, за которыми последовали и другие объединения.

Расширение организации выдвинуло новые требования по отношению к ее органам и структурам. Именно поэтому в середине 90-х годов стал насущным вопрос о профессионализации ФСЕНМ. Реализация этой идеи была возможной, однако, лишь при наличии стабильной финансовой основы. Важную роль в процессе поиска средств сыграла институциональная поддержка со стороны Федеральной земли Шлезвиг-Гольштейн, Южного Тироля и Триента<sup>4</sup> того, Генеральный секретариат пользуется финансовой поддержкой Фонда Херманна Нирманна. Несмотря на существование этих источников финансирования, в 1999 года приходится констатировать, что ФСЕНМ еще не обладает достаточно сильной структурой, позволяющей осуществлять работу в интересах национальных меньшинств в той мере, в которой Союз к этому стремится. Таким образом, начиная с 1949 года, соответствующие общие условия деятельности ФСЕНМ определяются финансовыми средствами.

Сегодня задачи, стоящие перед ФСЕНМ, стали не только более многочисленными, но и сложными, как никогда раньше. Сегодня эта организация национальных меньшинств

имеет большее значение, чем 10, 20, 30 или 50 лет назад. Сегодня ФСЕНМ является международно признанной организацией, с предложениями, инициативами и экспертными оценками которой все более считаются и к мнениям которой все чаще прислушиваются. Решающим шагом к международному признанию стала разработка проекта конвенции (т.н. Больцанский проект), единогласно принятой на конгрессе 1992 года под именем «отбусский проект» и переданной на рассмотрение общеевропейских учреждений и министерств иностранных дел различных стран. Этим проектом ФСЕНМ продолжает усилия, направленные на реализацию единой общеевропейской правовой системы в отношении национальных меньшинств. Еще во время президента ФСЕНМ Матушки в 1956 году были приняты первые «Принципы права национальных меньшинств». Эти принципы, разработанные при финансовой поддержке Министерства иностранных дел в Бонне, последовательно уточнялись и дорабатывались с середины 60-х годов и были приняты в новой редакции в 1967 году в Апенраде. В обновленной редакции они были сформулированы конгрессом национальностей в  $\Sigma$  еневе в 1985 году. Интерес к формированию международной правовой системы в отношении национальных меньшинств относится, бесспорно, к тем пунктам программы ФСЕНМ, которые Союз наиболее активно и целеустремленно преследует и которые сегодня, ввиду военных конфликтов в Европе, ничуть не утратили своей жизненной важности и остроты.

## Round Table: Das Problem Kosovo:



V.l.n.r.: Gezim Rushiti (Union of Kosovars, USA), Klaus Carsten Pedersen (Außenpolitische Gesellschaft, Dänemark), Slavko Labovic (Serbische Vereinigung, Dänemark), Moderator Siegfried Matlok (Sekretariatsleiter des Deutschen Sekretariates in Kopenhagen und Chefredakteur der deutschen Tageszeitung in Dänemark Der Nordschleswiger), Hanne Severinsen (Folketingsabgeordnete, Parlamentarische Versammlung des Europarates), Dr. Helen Krag (Universität Kopenhagen, Dänemark) und Dr. Werner Stuflessner (Europäische Akademie Bozen, Südtirol/Italien)

Im Rahmen ihres 44. Nationalitätenkongresses in Haderslev/Dänemark veranstaltete die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) einen Runden Tisch zum Thema Kosovo. An diesem Gespräch nahmen folgende Personen teil:

Gezim Rushiti (Union of Kosovars, USA)  
 Klaus Carsten Pedersen (Außenpolitische Gesellschaft, Dänemark)  
 Slavko Labovic (Serbische Vereinigung, Dänemark)  
 Hanne Severinsen (Folketingsabgeordnete, Parlamentarische Versammlung des Europarates)  
 Dr. Helen Krag (Universität Kopenhagen, Dänemark)  
 Dr. Werner Stuflessner (Europäische Akademie Bozen, Südtirol/Italien)

Moderiert wurde dieser Runde Tisch von Siegfried Matlok (Sekretariatsleiter des Deutschen Sekretariates in Kopenhagen und Chefredakteur der deutschen Tageszeitung in Dänemark Der Nordschleswiger)

Am 24. März 1999 fielen die ersten NATO-Bomben auf Jugoslawien. Zur Zeit des FUEV-Kongresses in Haderslev dauerte der Krieg bereits sieben Wochen. Aus diesem Grund erschien ein Runder Tisch dringend notwendig, um die Hintergründe des Konfliktes zu analysieren und um verschiedene Lösungsansätze vorzustellen.

Die Teilnehmer stimmten darüber ein, daß eine militärische Auseinandersetzung nicht das geeignete Mittel ist, um Konflikte wie den im Kosovo zu lösen. Vor allem die Greuelthaten, von denen der Vertreter der Union of Kosovars, Gezim Rushiti, berichtete, verdeutlichten die Schrecken des Krieges. Die Union of Kosovars verglich die Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo mit dem Holocaust während des Zweiten Weltkrieges und berichtete von Hinrichtungen, Vergewaltigungen und Plünderungen. Das Leid der Kosovo-Albaner habe

bereits vor einem Jahrzehnt begonnen, als die jugoslawische Regierung die seit 1974 geltende Autonomie annullierte.

Uneinigkeit herrschte unter den Teilnehmern über die Beurteilung des militärischen Konfliktes zwischen der NATO und Jugoslawien. Während Gezim Rushiti dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic vorwarf, einen Erfolg der Friedensverhandlungen von Rambouillet boykottiert zu haben, wehrte sich Slavo Labovic dagegen, das serbische Volk zu dämonisieren. Er bezeichnete die NATO-Angriffe als „größte Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg“ und forderte mehr Objektivität bei der Beurteilung des Kosovo-Krieges. Labovic verwies auf die Vertreibung von hunderttausenden Serben aus Kroatien anfang der 90er Jahre und bemängelte den Umgang des Westens mit diesen Flüchtlingen. Grundsätzlich erklärte er jedoch, daß ein harmonisches Zusammenleben zwischen Kosovo-Albanern und Serben durchaus möglich und wünschenswert sei.

Diesen Wunsch äußerten auch die übrigen Teilnehmer des Runden Tisches. Hanne Severinsen machte allerdings darauf aufmerksam, daß die Voraussetzung für ein friedliches Miteinander die Anerkennung von bestehenden Grenzen ist. Dabei sei es unerheblich, ob diese Grenzen in der Vergangenheit zu Recht oder zu Unrecht gezogen worden sind. Gleichzeitig lobte Severinsen den gewaltfreien Widerstand der Kosovo-Albaner gegen die Annullierung ihrer Autonomie. So hätten sich die Kosovo-Albaner z.B. gegen die Schließung ihrer Schulen gewehrt, indem sie den Unterricht in Privathäuser verlegten. Helen Krag von der Universität Kopenhagen verwies auf eine weitere Voraussetzung für ein Zusammenleben zweier Volksgruppen. Ihrer Meinung nach müsse die Region wirtschaftlich stabil sein. Auch die Beilegung der deutsch-dänischen Probleme sei nur aufgrund des Wohlstandes aller Beteiligten möglich gewesen.

Der internationalen Staatengemeinschaft warfen die

Diskussionsteilnehmer Versagen vor. Werner Stuflesser bemängelte, daß der Westen keine Pläne zur langfristigen Befriedung der Region erarbeitet habe. Hanne Severinsen verurteilte, daß die internationale Staatengemeinschaft Bosnien als souveränen Staat anerkannt habe, bevor der Minderheitenschutz in Bosnien überprüft wurde.

Einen konkreten Friedensplan für das Kosovo konnte der Runde Tisch verständlicherweise nicht entwerfen. Dennoch wurden verschiedene Ansätze vorgestellt, die zu einer Lösung des Kosovo-Konfliktes beitragen könnten. Nach Meinung von Werner Stuflesser sind vier Szenarien möglich: Zum einen der Mißerfolg der NATO im Kosovo-Krieg, zum zweiten der Kompromiß einer Teilung des Kosovo, zum dritten die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo und zum vierten die Errichtung eines Protektorates bzw. einer internationalen Verwaltung. Da die ersten drei Szenarien überwiegend negative Konsequenzen für die Region hätten, sei nur ein Protektorat eine geeignete Methode. Mit Hilfe einer internationalen Verwaltung

des Kosovo könne die Region zumindest kurzfristig befriedet werden, um eine Demokratisierung einzuleiten. Eine Selbstbestimmung der Bewohner des Kosovo sei allerdings erst nach einem Zeitraum von ca. 10 Jahren denkbar. Auch Helen Krag aus Kopenhagen machte deutlich, daß jede vernünftige Lösung viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Da ethnische Konflikte nur sehr langsam abnehmen, müsse langfristig gedacht werden. Klaus Carsten Pedersen von der Außenpolitischen Gesellschaft Dänemarks mahnte die Beteiligten der Kosovo-Krise dazu, darauf zu verzichten, den Konflikt mit Ereignissen zu legitimieren, die schon Jahrhunderte zurückliegen. Das Argument der serbischen Führung, das Kosovo aufgrund der historischen Bedeutung des Sieges auf dem Amsfeld vor mehreren hundert Jahren verteidigen zu müssen, sei lächerlich. Nicht der Grund und Boden, so Pedersen weiter, sondern die Menschen, die dieses Land bewohnen, seien wichtig.

(KLS)

## The German minority in Denmark

In Northern Schleswig, today's Danish district of Sønderjylland, live approximately 250,000 people, approx. 8% of whom are members of the German ethnic group. The current border and the existence of a German minority have emerged from a history, during which this part of the country was alternately under Danish and German rule. The Duchy of Schleswig was formed in the 12th century and belonged to the kingdom of Denmark until 1864. It includes the area from Königsau in the north to the Eider in the south. Since 1460 (Ripen Treaty "ewig tosamende ungedeelt"), there were close connections with the Duchy of Holstein, part of the German Empire. For 400 years, the Danish and the Germans lived chiefly in peace in the overall Danish state, to which not only Denmark belonged, but also Norway and the Duchies of Schleswig and Holstein. When this disintegrated as a result of the Napoleonic wars, the partly Danish-speaking and partly German-speaking Schleswig became the bone of contention for the national movements that crystallised in the first half of the 19th century. First, the German population had to live with prohibitions and regulations under Danish rule and, when after 1864 (when the Danish were defeated by Prussia and Austria at Düppel) Schleswig-Holstein was integrated into the Prussian state, this became the fate of the Danish population in Northern Schleswig. After the end of the First World War a plebiscite within the national self-determination rights of the country led to the northern part of Schleswig being given to Denmark. Both the time shortly after the end of the First World War and the en bloc voting method, after which the whole voting area - including cities and communities with a clear German majority, like Tønder with 76% German votes - was passed to Denmark, were considered by the German population to be unjust. When Northern Schleswig officially changed states in 1920, the Danish government was willing to allow the existing liberal Danish legislation, in particular the laws governing education, to apply to the German ethnic group and allow it to develop freely. The leading personality active in structuring the organisation of the German minority and its representative in Folketing after 1920 was Pastor Johannes Schmidt Wodder. Political calls for reconsideration of the border, however, led to a confrontation between the Germans and the Danes which became critical in the thirties due to the rise of National Socialism. The ideas of National Socialism also cast a spell over large sections of the German ethnic group. In 1938, all German Northern Schleswig organisations were considered to be equal. The border climate was additionally seriously impaired when Denmark was occupied by German troops on 9 April 1940 in violation of human rights. The war claimed many victims, including members of the German ethnic group. The close association of the German ethnic group to the occupying powers and the willingness of 2,100 volunteers from the German minority to go to war of which 748 did not return

- exerted a strong negative influence on post-war years. After the end of the war in 1945, approx. 3,000 members of the German minority were condemned according to laws, which partly could not be applied during German occupation and, now more severe, were in some cases adopted with retrospective effect. In November 1945, the German minority had pledged allegiance to the state of Denmark and the monarchy and recognised the border of 1920. With the Bonn-Copenhagen Declarations of 1955 governing the position and rights of the minorities on both sides of the border, a process of détente began that has led to today's neighbourly relationship. From 1953 to 1964, the ethnic minority was represented in the Folketing with its own delegate, from 1973 to 79 through an electoral alliance with the Central Democrats. Afterwards, individual representation was not possible. First, a contact committee was established for parliament and the government, then in 1983 the Secretariat of the German Minority in Copenhagen. Historic climaxes in the history of the German-Danish border area include a visit by Her Majesty Queen Margrethe II on 24 July 1986 and a visit by Federal President Richard von Weizsäcker on 27 April 1989 to the German minority in Northern Schleswig. Both were important steps on the way to finally achieving cultural equality and an expression of good neighbourly contact in the border area. Since the turnaround in Eastern Europe in the late eighties, the German-Danish minority model has been quoted more and more as an example of how to settle minority issues in Eastern Europe. Even if it is impossible to directly transfer the model, it can show how to retain and preserve culture, language and identity and generate a trusting relationship between minority and majority.

The German-Danish minority model is brought into international politics by the head of the Secretariat of the German Minority in Copenhagen, who has several times been appointed a member of the official Danish delegation for OSCE (formerly CSCE) conferences.

The German minority makes another international contribution with their President who was elected Vice-President of the Federal Union of European Nationalities (FUEN) in 1994.

As an umbrella organisation, the BdN (Organisation of Northern Schleswegians) represents the interests of the German minority. Its aim is to promote and develop the historically rooted German identity in Northern Schleswig but also promote the role as Danish citizens and equal partners in the general cultural, social and political life in Northern Schleswig. This generates both a German-Danish bridging function and a European perspective. The headquarters of the BdN is the German General Secretariat in Åpenrå.



The German minority makes another international contribution with their President who was elected Vice-President of the Federal Union of European Nationalities (FUEN) in 1994. From l. to r.: FUEN secretary general Armin Nickelsen; personal assistant to the EU parliamentary president, Susanne Oberhauser; FUEN vice-president Hans Heinrich Hansen and the president of the European Parliament Dr Klaus Hänsch in 1995.

The political interests of the German minority in Northern Schleswig have been represented since 1920 by the Schleswig Party (SP). The SP is politically represented in the regional council and in several local councils in Northern Schleswig and aims to secure equal rights for the German minority and, in particular, secure its cultural and other activities, but it also places other focuses on regional, environmental and international issues. The Secretariat of the German Minority in Copenhagen has attended to the interests of the German minority before parliament and the government since 1983.

The Nordschleswiger is the only German-language daily in Scandinavia. It is the voice of and an important link for the German minority and actively contributes to German-Danish issues. It is published by the BdN and supported by Deutsche Presseverein, the German press association. The newspaper was published from 1946 as a weekly and from 1951 as a daily. It is published in Åpenrå, where the editorial board is also located. Local editorial offices also operate in Åpenrå, Haderslev, Sonderburg, Tinglev and Tønder. There is also a foreign office at Løgumkloster.

#### German schools in Northern Schleswig.

In Northern Schleswig, there are 17 private German schools, of these 5 are central schools and 1 a grammar school with approx. 1,300 pupils and 24 kindergartens with around 600 children. These establishments are supported by the local school and kindergarten associations. The roof organisation is the German School and Language Society for Northern Schleswig. The objective of this work is to preserve, promote and transport the German language and culture and naturally prepare the children and young people for starting a family, professional and leisure life in the Danish environment of the home country. At the end of the schooling, the pupils obtain certificates that are recognised in Denmark and Germany.

#### German further school/young people's college Tinglev

The German further school/young people's college in Tinglev was established in 1905. It is supported by the adult education college of Northern Schleswig. The school works as a special institution for the German minority along the lines of the Danish further schooling legislation. As a boarding school, it has approx. 75 pupils from Northern Schleswig, German and Danish pupils, in the 9th and 10th school classes. At the end of the schooling, the pupils obtain certificates that are recognised in Denmark and Germany.

The Tinglev gymnasium is operated by the Tinglev sport and culture foundation. Large ethnic group and sports events take place here.

#### German Youth Association for Northern Schleswig.

The German Youth Association for Northern Schleswig is the roof organisation for 28 clubs, youth organisations, youth and leisure clubs with approx. 2,500 members. It carries out sport and cultural events as well as trips and camps. The aim of the association is to arrange cultural and sports events in the German language, but it also has a number of music groups, choirs and a wind orchestra. The German Youth Association maintains the Scheldeheim home on the Flensburg Förde and supports the education establishment Knivsberg youth estate. The youth estate offers a wide range of seminars with musical/cultural, historic/political and pedagogical seminars and activities in its magazine Brücke. The establishment also serves as a meeting point and leisure centre for children, young

people and adults from Northern Schleswig. Free capacities are often taken up by other institutions, frequently from the Federal Republic. Every year in June, the Youth Association stages the traditional Knivsbergfest, a summer folk festival for the Germans in Northern Schleswig to which guests have come from near and far since 1894.

#### Rowing Association of Northern Schleswig

The Rowing Association of Northern Schleswig is a union of 7 German rowing clubs, whose members take part in regattas and sport events in Denmark and in the Federal Republic of Germany. It organises courses, trips and camps, promotes high-performance as well as general leisure sports. A full-time rowing instructor looks after the clubs, whose members have been national winners. The organisation has 6 club buildings.

#### Northern Schleswig Social Service

The Northern Schleswig Social Service is the roof organisation of the social services, nursing care and women's organisations on a local level. Its tasks include: social care, care of senior citizens, mediation of spa therapies, family advice, organising trips for senior citizens, carrying out courses and a range of offers for families and young people. The Social Service maintains House Quickborn, a social meeting place for families, senior citizens, young people, children, those in need of rehabilitation and the handicapped.



The head of the Secretariat of the German Minority in Copenhagen, Siegfried Matlok (left) with State Minister Poul Nyrup Rasmussen during the 10th anniversary of the Secretariat in 1993.

#### Association of German Libraries in Northern Schleswig

A total of 24 libraries belong to the Association of German Libraries in Northern Schleswig; these are the central libraries in Åpenrå, the 4 branches in the cities Haderslev, Sonderburg, Tønder and Tinglev as well as 3 book buses and 16 libraries at German

schools looked after and regularly supplied with books by the library head office in Åpenrå. These libraries have an inventory of books, magazines, games, recordings amounting to a total of 225,000 units and serve a total of 6,500 borrowers. In 1993, these were lent out 326,000 times.

#### Church work in Northern Schleswig.

In the four urban districts of Åpenrå, Haderslev, Sonderburg and Tønder, the Danish people's church has employed special vicars for the German part of the community. As the Germans in rural areas wanted church representatives, they founded the Northern Schleswig community in 1923 which, today, has 7 parishes, each with a vicar. The Northern Schleswig community is a recognised Lutheran community in Denmark and part of the Northern Elbe protestant church.

#### Northern Schleswig Music Association

The Northern Schleswig Music Association is the oratorio choir of the German minority in Northern Schleswig. The local choirs in Åpenrå, Haderslev, Sonderburg and Tønder joined up in the twenties to form the Association in order to be able to perform the great works of choir literature. The choir and soloists are accompanied by various orchestras of the border area and ones from Schleswig-Holstein.

The local history work group in Northern Schleswig publishes 1-2 local history volumes per year, carries out excursions focussed on local and regional history and supports the archives of the German minority in Åpenrå.

#### Archives/historic research.

The archives/historic research organisation of the German minority keeps the archives of associations and clubs of the German minority up to date, files legacies and clippings of articles and photos on the history and the present of the German population in Northern Schleswig. Research work is encouraged by the contents of the archives and is carried out.

German Museum of Northern Schleswig.

The former administration building of the old Sonderburg brewery now houses the German library and the German Museum of Northern Schleswig. The museum contains collections documenting the development of German history and culture in Northern Schleswig since the first half of the 19th century.

Central Agricultural Association for Northern Schleswig.

The Central Agricultural Association for Northern Schleswig

advises farmers belonging to the German minority in economic and specialised areas and represents their professional interests. The association is a member of the Danish Federation of Agriculture. It employs specialised advisors in plant cultivation, livestock keeping, tax and economic matters. Advisory services for pig-breeding, building and machines is jointly carried out on a district level with the Danish Associations. The Association has its headquarters in Åpenrå.

Further information

<http://www.bdn.dk>

## Die dänische Minderheit in Deutschland:

von Heinrich Schultz, Vorsitzender des Sydslesvigsk Forening  
in Haderslev/Dänemark am 14. Mai 1999



# Sydslesvigsk Forening

Kære venner, sehr geehrte Damen und Herren,

Seit Anfang der 1950er Jahre ist die dänische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland - vertreten durch den kulturellen Hauptverband Sydslesvigsk Forening (Südschleswigscher Verein) - Mitglied der europäischen Minderheitenunion, die seit 1954 den derzeitigen Namen Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen trägt. Wir ziehen es vor, uns als nationale Minderheit zu bezeichnen, da der deutsche Begriff "Volksgruppe" mehrdeutig, mißverständlich und verwirrend ist.

Nachdem die dänische Minderheit der internationalen Zusammenarbeit mit anderen Minderheiten und Regionalisten zunächst zurückhaltend, in den ersten Jahren bewußt distanziert, gegenüberstand, haben wir uns seit unserer Vollmitgliedschaft 1952/53 mit großem Engagement an der Arbeit beteiligt. Angehörige der dänischen Minderheit haben seit 1950 an sämtliche Kongressen teilgenommen. Dänische Südschleswiger waren einen Großteil der letzten 50 Jahre als Präsidenten, Vizepräsidenten, Schatzmeister oder Generalsekretäre, aber auch als Rechnungsprüfer aktiv an der Arbeit und Weiterentwicklung der FUEV beteiligt. Obgleich innerhalb der dänischen Minderheit nicht immer Einigkeit über das Engagement in der FUEV herrschte, kann dennoch festgestellt werden, daß der SSF die Mitarbeit und Zusammenarbeit mit anderen europäischen Minderheiten als einen von mehreren wichtigen Aufgabenbereichen betrachtet.

Unserer Lage ist trotz aller Schwierigkeiten insbesondere in Bezug auf finanzielle Förderung seitens der Bundes- und Landesregierungen in Bonn/Berlin und Kiel weitaus günstiger als die vieler anderer Minderheiten. Deshalb hat die FUEV uns - nüchtern betrachtet - wenig Handgreifliches gebracht. Die Fortschritte in unserer Entwicklung sind unabhängig von der FUEV unternommen worden, obgleich die FUEV sich für Verbesserungen immer ausgesprochen hat. Umgekehrt wollten wir uns aber dennoch solidarisch mit anderen Minderheiten zeigen und haben deshalb nie die Mitarbeit in der FUEV ruhen lassen.

In diesem Zusammenhang gab es stets eine konstruktive und sehr positive Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit in Dänemark, die ebenfalls durch führende Persönlichkeiten in den gleichen Funktionen

in der FUEV vertreten war und noch immer ist. Es ist uns deshalb eine Freude, daß die FUEV ihren Jubiläumskongreß 50 Jahre nach der Gründung in und um Paris dieses Jahr im deutsch-dänischen Grenzland stattfinden läßt.

Ich möchte hier ganz kurz die Lage der dänischen Minderheit im Jahre 1999 charakterisieren:

Die dänische Bevölkerung im alten Herzogtum Schleswig wurde 1864 nach einem verlorenen Krieg und Annektion eine Minderheit außerhalb Dänemarks. Damals war die dänische Bevölkerung weitaus zahlreicher als heute, da das ganze Gebiet einschließlich Nordschleswigs 1867 eine preußische Provinz wurde. Nach dem von Deutschland verlorenen 1. Weltkrieg fanden 1920 zwei Volksabstimmungen statt. In der ersten, en bloc-Abstimmung votierten 75% der stimmberechtigten Bevölkerung Nordschleswigs für Dänemark, während in der zweiten, en detail-Abstimmung 80% der Stimmen in Mittelschleswig für den Verbleib bei Deutschland abgegeben wurden. Somit wurde im Juni 1920 Schleswig geteilt. Die deutsche Minderheit entstand in Dänemark, die dänische in Deutschland wurde auf einen Bruchteil reduziert. Dennoch organisierte sich die verkleinerte dänische Minderheit mit eigenen Verbänden und konnte hierdurch ihre eigenständige Identität trotz einer andauernden Assimilation und in der Nazizeit auch vierlei Schikanen bewahren.

Nach der Befreiung vom totalitären deutschen Nationalsozialismus im Mai 1945 erhielt die dänische Minderheit einen großen Zuspruch der einheimischen Bevölkerung Südschleswigs. Die dänische Minderheit wuchs von knapp 6.000 auf über 120.000 Angehörige, von denen ein Großteil allerdings bereits nach wenigen Jahren der dänischen Minderheit wieder den Rücken kehrten. Dennoch zählt die dänische Minderheit seit den 1950er Jahren ca. 50.000 Menschen, die sich aktiv als Teil der dänischen Gruppe identifizieren.

Unsere Situation als Minderheit ist durch eine

Reihe von rechtlichen Mechanismen abgesichert. Dazu gehört die Bonner Erklärung von 1955, die neben der Anerkennung des freien Bekenntnisses zu einer nationalen Minderheit sowie weiterer Entfaltungsmöglichkeiten der Minderheit auch die Rechte und Pflichten des bundesdeutschen Grundgesetzes von 1949 beinhaltet. Seit 1949 gibt es einen die Bekenntnisfreiheit garantierenden Minderheitenartikel in der Landessatzung Schleswig-Holsteins, der 1990 im Zuge der Umwandlung in eine Landesverfassung erweitert wurde, so daß als Staatsziel des Bundeslandes auch der Schutz und die Förderung der Minderheit der Dänen und friesischen Volksgruppe vor 9 Jahren verankert worden ist. Einen entsprechenden Schutz gibt es trotz konzertierter Bemühungen der Landesregierung in Kiel und der Minderheiten der Dänen, Sorben, Friesen, Sinti und Roma in Deutschland bisher nicht.

Schließlich sind wir als Minderheit auch vom Minderheitenschutzprozeß innerhalb der KSZE/OSZE und des Europarates umfaßt. Hier soll lediglich auf die Rahmenkonvention sowie die Sprachencharta verwiesen werden. Die in diesen Texten kodifizierten Rechte haben allerdings nicht alle für die dänische Minderheit Geltung. Die Bundesrepublik Deutschland hat zudem eine Definition der dänischen Minderheit ihrer Ratifizierung vorangestellt, die dem Selbstverständnis der Minderheit widerspricht.

Wir sind eine durchorganisierte Minderheit mit einer Vielzahl, starker und selbständiger Organisationen, die jeweils unterschiedliche Seiten der Minderheitenexistenz abdecken. So nimmt der Sydslesvigsk Forening die kulturellen Belange, der Dansk Skoleforening das private Kindergarten- und Schulwesen, der Südschleswigsche Wählerverband/Sydslesvigsk Vælgerforening die politische Beteiligung und Vertretung wahr. Die Dansk Centralbibliothek ist ein eigenständiges Bibliothekswesen. Die Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger bilden den Rahmen für die Arbeit in Jugend- und Sportvereinen sowie in Freizeitheimen. Der SdU ist übrigens seit Jahrzehnten auch assoziiertes Mitglied der FUEV. Der Dansk Sundhedstjeneste ist der dänische Wohlfahrts- und Gesundheitsverband, Dansk Kirke i Sydslesvig ist eine autonome evangelische Kirchengemeinschaft für die dänische Minderheit. Flensborg Avis ist schließlich unsere Tageszeitung und wichtigstes Informationsmedium. Neben diesen eigenständigen und gleichberechtigten Säulen der dänischen Minderheitenarbeit gibt es eine Vielzahl weiterer Interessenvereinigungen, die überwiegend dem SSF angeschlossen sind. All diese Vereinigungen arbeiten zusammen im Gemeinsamen Rat für die dänische Minderheit, der allerdings lediglich ein beratendes Gremium ist ohne verbindliche Richtlinienkompetenz. Somit ist die dänische Minderheit anders konzipiert und organisiert als z.B. die deutsche in Dänemark.

Die vielseitige Arbeit der dänischen Minderheit beruht in erster Linie auf den Angehörigen der Minderheit. Sie bilden eine selbstbewußte, lebendige, diskussionsfreudige, aber auch selbstkritische Minderheit. Wir sind eine nationale Minderheit und kein Klub

von Dänemarkbegeisterten in Deutschland. Unsere Schulen sind die der Minderheit, und unser Kindergarten- und Schulwesen hat zum Zweck und zur Aufgabe, die dänischgeprägte Sozialisation und Verwittlung von als genuin dänisch verstandenen Normen und Mentalitäten zu vermitteln. Deshalb sind sie keine Sprachschulen.

Wenn ich dies hier unterstreiche, geschieht es auch, um zu pointieren, daß wir in unserer Minderheit seit einigen Jahren verstärkt diskutieren, wie unser Selbstverständnis ist, und welchen Kurs wie zukünftig verfolgen sollten. Wir sind eben keine Einheitspartei, sondern vertreten mannigfaltige Interessen und Auffassungen, die sich alle an der eindeutigen Identifikation mit der Minderheit und dem Dänischen orientieren. Dabei sind wir uns dessen bewußt, daß die dänische Identität mehrschichtig, dynamisch und von Pluralität gekennzeichnet ist. Es gibt keine einfache Formel, auf die eine ethnische, eine nationale Identität gebracht werden kann, ohne in sich die Gefahr der Vereinheitlichung, manchmal auch des Zwanges zu tragen. Wir als dänische Minderheit bekennen uns deshalb zur Diskussion, zur Meinungsverschiedenheit und streben in unserem internen Dialog nach einem weitest möglichen Konsens. Die Stärke einer Minderheit liegt auch im Mut zur Auseinandersetzung und in der Fähigkeit, Gegensätze und Konflikte friedlich auszugetragen.

Die organisatorische Arbeit kostet Geld, viel Geld. Die dänische Minderheitenarbeit wird überwiegend - ebenso wie es bei den deutschen Nordschleswigern der Fall ist - von Dänemark finanziert. Der Anteil des Landes Schleswig-Holsteins an den laufenden Kosten der dänischen Minderheit beträgt im schulischen Bereich ca. 45%, während der Zuschuß Dänemarks etwas höher ist. In anderen Bereichen sichert der Staatszuschuß Dänemarks bis zu Zweidrittel, manchmal noch mehr der jeweiligen Budgets. Der Anteil des Landes Schleswig-Holsteins stagniert und ist in den letzten Jahren sogar rückläufig. Die positiven Erklärungen zur Minderheitenpolitik und die Beschwörung eines Modellfalls mit europäischer Vorbildfunktion hatte bisher keine positiven finanziellen Folgen.

Ohne die Förderung Dänemarks wäre die Arbeit der dänischen Minderheit heute gar nicht mehr möglich. Dieser Satz hätte übrigens zu jedem beliebigen Zeitpunkt nach 1920 artikuliert werden können. Dies muß - ich sage akzentuiert: leider - festgestellt werden, obgleich es eine gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in Kiel gibt, die jeweils auch positive Absichtserklärungen abgeben, aber diese nicht durch eine entsprechende finanzielle Förderung umsetzen. Deshalb möchte ich auch und gerade in diesem Forum, in Dänemark, in Namen der dänischen Minderheit einen großen Dank an Dänemark - dem Staat, dem Folketing, der Regierung, aber auch dem Grænseforeningen und weiterer Vereine, die unsere Arbeit begleiten und fördern - aussprechen für das Verständnis und die ständige finanzielle Förderung sowie ideeller Unterstützung unserer Arbeit. Diese Verbundenheit führte vor einem Monat zur Eröffnung eines eigenen Büros des Sydslesvigsk Forening im

Parlamentsgebäude Christiansborg in Kopenhagen.

Falls Sie weitere Informationen zur dänischen Minderheit erhalten möchten, mache ich darauf aufmerksam, daß im Laufe dieses Kongresses Informationsmaterial ausgelegt wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld - und möchte abschließend nochmals der FUEV aus Anlaß des Jubiläums gratulieren.

Die Foriining for nationale Friiske (Vereinigung für nationale Friesen), gegründet 1923 als Friesisch-schleswigscher Verein) betrachtet die Friesen als eigenes Volk. Dieser Verein hat seit jeher die Eigenständigkeit der friesischen Sprache und Kultur hervorgehoben und die Anerkennung der Nordfriesen als eine ethnisch-kulturelle Minderheit angestrebt. Der etwa 750 Mitglieder umfassende Verein sieht den Schwerpunkt seiner Arbeit in der Förderung der friesischen Sprache sowie eines friesischen völklichen Bewußtseins. Die ehem. Vorsitzende, Frau Marie Tångeberg hat dies folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: »Wie

wollen nicht figurieren und überleben in den unseligen und unsinnigen Reklamespots mit „Friesenditt und Friesendatt“, nicht vergilben in friesischen Sagen und Märchen der Schulbücher, nicht in der Sprachwissenschaft als interessantes sprachliches Relikt seziert werden, sondern - wir wollen leben, leben in der Sprache, im Wissen und in der Vermittlung unserer Geschichte und unserer Volkskultur...«. So betreibt der Verein z. B. Erwachsenenbildung auf friesisch, gibt seit 1951 in unregelmäßiger Folge das friesischsprachige Blatt »Üusen äine wäi« (Unser eigener Weg) und auch Buchveröffentlichungen heraus, unterhält Arbeitsgruppen zur friesischen Sprachpflege, setzt sich u.a. für eine friesische Volkshochschule ein. Viel Anklang findet seit einigen Jahren die »Friisk harfsthuuchschölj« (Friesische Herbsthochschule), ein mehrtägiges Treffen, auf dem bei verschiedensten Aktivitäten ausschließlich friesisch gesprochen wird. Die Foriining for nationale Friiske arbeitet in einigen Bereichen mit der dänischen Minderheit zusammen (siehe S. 39 ff.); so läßt sich der Verein z. B. politisch vom Südschleswigschen Wählerverband vertreten.

## Die Friesen in Deutschland:

Die Foriining for nationale Friiske (Vereinigung für nationale Friesen), gegründet 1923 als Friesisch-schleswigscher Verein) betrachtet die Friesen als eigenes Volk. Dieser Verein hat seit jeher die Eigenständigkeit der friesischen Sprache und Kultur hervorgehoben und die Anerkennung der Nordfriesen als eine ethnisch-kulturelle Minderheit angestrebt. Der etwa 750 Mitglieder umfassende Verein sieht den Schwerpunkt seiner Arbeit in der Förderung der friesischen Sprache sowie eines friesischen völklichen Bewußtseins. Die ehem. Vorsitzende, Frau Marie Tångeberg hat dies folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: »Wie

ziert werden, sondern - wir wollen leben, leben in der Sprache, im Wissen und in der Vermittlung unserer Geschichte und unserer Volkskultur...«. So betreibt der Verein z. B. Erwachsenenbildung auf friesisch, gibt seit 1951 in unregelmäßiger Folge das friesischsprachige Blatt »Üusen äine wäi« (Unser eigener Weg) und auch Buchveröffentlichungen heraus, unterhält Arbeitsgruppen zur friesischen Sprachpflege, setzt sich u.a. für eine friesische Volkshochschule ein. Viel Anklang findet seit einigen Jahren die »Friisk harfsthuuchschölj« (Friesische Herbsthochschule), ein mehrtägiges Treffen, auf dem bei verschiedensten Aktivitäten ausschließlich friesisch gesprochen wird. Die Foriining for nationale Friiske arbeitet in einigen Bereichen mit der dänischen Minderheit zusammen (siehe S. 39 ff.); so läßt sich der Verein z. B. politisch vom Südschleswigschen Wählerverband vertreten.

## Die Südtiroler Volkspartei

*50 Jahre FUEV: Statement von MP Dr. Siegfried Brugger,  
Obmann der Südtiroler Volkspartei SVP*

Sehr geehrte Damen  
und Herren,

Wenn die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) genau heuer ihr 50. Jubiläum begeht, ist dies einerseits zwar auch Grund zum Feiern, andererseits aber auch ein großer Auftrag. Die Eskalation der Lage im Kosovo ist nämlich nur die Spitze des Eisbergs »Minderheiten«, die tatsächlich wie ein Eisberg als noch unsichtbare Gefahren im Verborgenen schlummern. Unterdrückung, Benachteiligung, auch Verfolgung von Angehörigen ethnischer Minderheiten sind auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft leider keine Seltenheit. Schauen wir auch in jene Staaten, die jetzt in die EU drängen: Auch dort gibt es zahlreiche ethnische Minderheiten, die vom Staat, in dem sie leben, nicht jene Rechte zugesprochen bekommen, die ihnen zustehen.

Minderheitenfragen in Europa - die Herausforderung der Zukunft

Es ist die ureigenste Aufgabe der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, hier anzusetzen - mit ihrer nunmehr 50jährigen Erfahrung ist sie für diese Herausforderungen bestens gerüstet.

Auch Südtirol - und dafür stehe ich als Obmann der Südtiroler Volkspartei, der Sammelpartei der Südtiroler - wird seinen bestmöglichen Beitrag dazu leisten. Wir betrachten es als unsere Pflicht, uns für den Minderheitenschutz auch auf internationaler Ebene einzusetzen.

Die Lage in Südtirol

Südtirol ist heute ein Land mit über 450.000 Einwohnern, ein Land, in dem zwei der vier ethnischen Minderheiten leben, welche in Italien offiziell anerkannt sind. Drei Sprachgruppen leben in Südtirol zusammen: Ladiner, die kleinste Minderheit; Deutsche, die rund zwei Drittel der Bevölkerung stellen, und Italiener.

Alle drei Sprachgruppen leben in Südtirol friedlich zusammen. Grund dafür ist in erster Linie die Freiheit der Südtiroler, ihr Land und das Leben und Werden darin selbst zu gestalten. Südtirol verfügt heute über eine weitreichende Autonomie, die es möglich macht, das Land relativ unabhängig von der römischen Zentralregierung zu verwalten. Diese Autonomie reicht von Grundelementen wie Recht auf Unterricht in der Muttersprache, Recht auf Gebrauch der Muttersprache bei öffentlichen Diensten, Recht auf Ausübung der eigenen Kultur bis hin zu neuen Errungenschaften wie die Verwaltung der vormaligen Staatsstraßen, der Arbeitsämter, des Lehrpersonals bzw. der Schulen und vielem mehr.

Diplomatie und Beharrlichkeit statt Gewalt

Dieser heutige Standard an Autonomie ist Frucht jahre- und jahrzehntelanger Kämpfe und Verhandlungen. Auch Südtirol hat, wie Sie wissen, ganz andere Zeiten erlebt - Zeiten der massiven Unterdrückung durch den Faschismus, Zeiten des Verbots der Muttersprache für Deutsch- und Ladinischsprachige, gar Zeiten der Bomben. Diese Zeiten sind gottlob längst vorüber. Anfang der 70er Jahre erreichten unsere Väter einen ersten entscheidenden Durchbruch, allen voran Altlandeshauptmann Silvius Magnago und die Vertreter unserer Schutzmacht Österreich. Das Inkrafttreten des zweiten Autonomiestatuts im Jahr 1972 sicherte Südtirol die oben erwähnten Grundrechte. Das Lernen des Zentralstaates in Sachen Minderheitenschutz und Föderalismus dauerte zwar lange, bis in die 90er Jahre ñ in den letzten Jahren aber hat sich gezeigt, daß eine gesicherte, international verankerte Autonomie auch über den ursprünglich festgesetzten Rahmen hinaus erweiterbar ist. Ich selbst habe dies in den vergangenen Jahren im römischen Parlament miterlebt - die römischen Mühlen mahlen zwar weiterhin langsam, aber immerhin: sie mahlen.

Autonomie: ein ständiger Prozeß

Die Südtirol-Autonomie ist heute noch keine Musterlösung. Es gibt noch zahlreiche Bereiche, die im Sinne der Bürgernähe und Subsidiarität in die Landesverwaltung übergehen sollten, oder wo zumindest mehr Mitspracherecht notwendig wäre. Ich denke etwa an die Energiewirtschaft, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ich denke auch an die innere Sicherheit: Die Entwicklung der vergangenen Jahre, die in sehr starkem Ausmaß Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern mit sich brachte, hat eines klar gezeigt: Die - bis dato staatliche - Polizei ist der Lage nicht Herr. Diese Tatsache hat ihren Ursprung vor allem in der zentralistischen Organisation der Sicherheitskräfte. Um erfolgreich arbeiten zu können, brauchen Polizeikräfte immer auch die Mitarbeit und das Vertrauen der Bevölkerung. Dies aber ist bei den italienischen staatlichen Sicherheitsbehörden nicht immer der Fall, die ja aus dem gesamten Staatsgebiet rekrutiert werden, häufig nicht ortskundig und auch der Landessprache nicht mächtig sind.

Abgesehen von diesen und anderen Erweiterungsmöglichkeiten der Autonomie, auf die ich hier nicht näher eingehen will, kann die Situation der ethnischen Minderheiten in Südtirol derzeit nicht als sehr problematisch bezeichnet werden. Es ist ein erfolgreiches Beispiel der Lösung einer solchen Konfliktsituation.

Südtiroler Erfahrungen für internationalen Minderheitenschutz

Die Erfahrungen, die wir Südtiroler auf diesem Gebiet mitbringen, werden wir daher auch weiterhin in den Dienst anderer Minderheiten und auch der FUEV als Organisation stellen. Über Jahre dauert unsere Mitarbeit bei der FUEV bereits an; und auch die Kontakte zu anderen Minderheiten halten wir bewußt eng. Regelmäßige Treffen und Gespräche haben wir mit vielen Minderheiten, vor allem mit den Aostanern, den Ladinern außerhalb Südtirols, den Kärntner Slowenen, mit den Slowenen in Italien (sie kandidieren auf unserer Liste für die Europawahlen), mit den Ungarn- deutschen (Lehrerausbildung in Südtirol geplant), mit den Deutschen in Belgien und in Dänemark sowie mit zahlreichen anderen Minderheiten, auch auf römischer und europäischer Ebene.

Zu den ehrgeizigsten Vorhaben der SVP in diesem

Bereich gehört die Mitarbeit an einer rechtsverbindlichen Norm zum Minderheitenschutz, die nach unserer Auffassung auf EU-Ebene erlassen werden sollte. Kontakte mit Wien, Rom und auch Bonn (bzw. Berlin) hat es bereits gegeben. Ziel ist es, auf dem gesamten jetzigen und künftigen EU-Gebiet einen einheitlichen Mindeststandard an Minderheitenrechten zu garantieren. Wir sind zuversichtlich, daß ein solcher Erlaß durchaus möglich und auch der FUEV bei ihrer Tätigkeit behilflich sein wird.

In diesem Sinn wünsche ich mir, daß die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen in den nächsten Jahren die Vorteile ihres Alters ausspielen kann: die langjährige Erfahrung, um die Minderheitenprobleme der Zukunft nicht sich selbst zu überlassen, sondern auf friedlichem Weg zu lösen.

Bozen, im April 1999

## **Die Rätoromanen in der Schweiz**

*Kurzreferat am 44. FUEV-Nationalitätenkongress in Hadersleben, d. 14. Mai 1999, gehalten von Gion A. Derungs, Generalsekretär der Lia Rumantscha*

Die Schweiz ist eine politische Willensnation. Im Gegensatz zu ihren Nachbarstaaten ist das Grundelement schweizerischer Identität weder eine gemeinsame Nationalsprache noch eine einheitliche kulturelle oder gar ethnische Tradition. Das schweizerische Staatsverständnis beruht auf gemeinsamen politischen Überzeugungen. Dazu zählt unter anderem das Bekenntnis zum föderalistischen Bundesstaat, zur direkten Demokratie und zur sprachlich/kulturellen Vielfalt. Die Schweiz ist ein Föderativstaat, in welchem die 26 Kantone und Halbkantone über eine grosse Souveränität verfügen. Es gibt 17 deutschsprachige, 4 französischsprachige, einen italienischsprachigen und 4 mehrsprachige Kantone. 3 davon sind zweisprachig, während der vierte - Graubünden - dreisprachig ist (Deutsch, Italienisch und Rätoromanisch).

Dieser Kanton Graubünden befindet sich in der Süd-Ost-Ecke der Schweiz. Von den total rund 170'000 Bewohnerinnen und Bewohnern dieses Kantons geben gut 40'000 Rätoromanisch als ihre Hauptsprache an. Verstanden wird es von knapp 70'000. Die Rätoromanen sind, mit Ausnahme der jüngeren Kinder, durchgehend zweisprachig. Bezogen auf die Schweizer Bevölkerung sind rund 0.6% Rätoromanen.

Graubünden ist der einzige Kanton der Schweiz mit 3 offiziellen Landessprachen. Die Verfassung Graubündens anerkennt seit 1880/92 die drei Sprachen Deutsch, Italienisch und Rätoromanisch als kantonale Amtssprache. Weder die Kantonsverfassung noch ein anderes Gesetz grenzen aber die Sprachgebiete ab. Diese ergeben sich viel mehr aus der Praxis der einzelnen Gemeinden, die ihre Schul- und Verwaltungssprache in eigener Autonomie bestimmen. Sie sehen - meine Damen und Herren - die Sprachsituation in dieser Ecke der Schweiz ist sehr komplex und die Rechtslage liefert Streitstoff, der von zwei Polen ausgeht: Da die Sprachenfreiheit, dort das Territorialitätsprinzip.

Die Geschichte der Rätoromanen ist eine Geschichte

des Rückzugs. Seit dem Zerfall des römischen Reiches und den einsetzenden Völkerwanderungen wird Rätoromanisch in die Zange genommen. Was sich früher vom Gotthard bis zur Donau im Norden, Augsburg im Osten und der Adria im Süden erstreckte, ist heute zusammengeschrumpft auf drei kleine Sprachinseln in Graubünden, in den Dolomiten und in der Region Venezia-Giulia-Friuli.

Die nun folgenden Ausführungen beschränken sich auf das Rätoromanische in Graubünden in der Schweiz. Dieses ist eine Mischung aus dem Volkslatein der Rätien erobernden Römer und den in der Region gesprochenen vorrömischen Sprachen. Daraus ist ein Vulgärlatein rätischer Prägung entstanden, das sich zum heutigen Rätoromanisch entwickelt hat. Die rätoromanische Schriftsprache ist ein Produkt der Reformation. Das Wort Gottes war zu wichtig, um nicht auch in der Sprache des Volkes gepredigt und gedruckt zu werden. Innerhalb weniger Jahrzehnte entstanden nicht weniger als vier Bündnerromanische Schriftvarianten. Ein eigentliches Schrifttum in rätoromanischer Sprache ist jedoch erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden. Dies war die Antwort auf den schon stark spürbaren Schrumpfungsprozess des rätoromanischen Sprachgebietes. Man darf es wohl so formulieren: In der Defensive entstand ein neues rätoromanisches Sprachbewusstsein. Dieses führte zu einer bemerkenswerten literarischen Produktion und zur Gründung verschiedener Sprach- und Kulturvereine.

Das Dach dazu bildet der Verein, den ich hier vertrete: die Lia Rumantscha. 1919 gegründet. Entstanden, um 1. die auseinanderdriftenden Romanen zu vereinen und 2. um Sprachpolitik zu machen. Ihre Rolle bis zu Beginn der 80er Jahre war konservativer, defensiver Art. Es ging dem Verein um die Erhaltung dessen, was da war. Die Lia Rumantscha unterstützte, förderte und koordinierte die Arbeiten der regionalen Organisatio-

nen. Ab 1980 ändert die Lia Rumantscha ihre sprachpolitische Ausrichtung. Sie vollzieht den Wechsel von der Defensive zur Offensive. Nicht militant allerdings, aber merklich fordernder als bisher. Was heisst das? Aufgrund zunehmender Sensibilisierung für das Rätoromanische in, aber auch ausserhalb der Stammlande und verschiedener Vorschläge und Rechtsgutachten für ein Sprachen-gesetz auf der Grundlage des Sprachgebiet-Prinzips, erarbeitet die Lia Rumantscha ein umfangreiches Konzept zur Erhaltung und Förderung der rätoro-manischen Sprache und Kultur. Im Zentrum steht das Postulat der Normalisierung der Sprachsituation. Dies soll auf drei Ebenen erfolgen: 1. Corpus-Planung, d.h. Sprachstandardisierung, Neuwortschöpfung. 2. die Statusplanung, wo es um die rechtliche Aufwertung der Sprache geht und 3. die Gebrauchsplanung, die mit der Anwendung der Sprache in allen Lebensbereichen zu tun hat. Aufgrund dieses Konzeptes wird 1982 ein Linguist der Uni-versität Zürich beauftragt, die Richtlinien für die Gestaltung einer gesamtbündnerischen Schriftsprache „Rumantsch Grischun“ zu erarbeiten. Innerhalb kurzer Zeit steht diese Sprache. Dieses Rumantsch Grischun ist eine sogenannte Standard- und Ausgleichssprache. Es beruht im wesentlichen auf drei Idiomen und wurde nach dem Mehrheitsprinzip geschaffen.

In gesetzgeberischer Hinsicht beruht das schweizerische Sprachenrecht im wesentlichen auf Art. 116 der alten Bundesverfassung (BV). Nach Inkrafttreten der neuen BV ist es deren Art. 70. Seit 1996 ist das Rätoromanische Teilamtssprache des Bundes. Art. 116 BV, Abs. 2 lautet: „Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch. Im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes.“

In der Schweiz obliegt die Sprachhoheit den einzelnen Kantonen. Graubünden hat seine drei Sprachen - Deutsch, Rätoromanisch und Italienisch - als „Landessprachen“ festgelegt. Art. 46 der Kantonsverfassung hat folgenden Wortlaut: „Die drei Sprachen des Kantons sind als Landessprachen gewährleistet.“ Der Kanton Graubünden überlässt es im wesentlichen jedoch den Gemeinden, die Amts- und Schulsprache zu bestimmen. Das bringt Konfliktstoff. Sprachgrenzverschiebungen gehen immer auf Kosten des Rätoromanischen. Deshalb ist es verständlich, dass sie auf der Grundlage des Sprachgebiet-Prinzips Grenzen zu setzen versuchten.

Da aber das Territorialitätsprinzip für die Sprachsituation in Graubünden politisch kaum durchsetzbar gewesen ist, ist eine Gegenbewegung von unten promoviert worden. In einem Regulativ sollen sich die rätoromanischen Gemeinden explizit als „rätoromanische Gemeinde“ erklären. Dies mit allen Folgen, die das für die Gemeindeverwaltung und für die Schule haben wird.

In sprachplanerischer Hinsicht ist, wie oben erwähnt, 1982 die Standardsprache Rumantsch Grischun geschaffen worden. Das Konzept des Rumantsch Grischun hat sich in der praktischen Anwendung mehr oder weniger auf Anhieb bewährt. Übersetzungsaufträge seitens öffentlicher und privatwirtschaftlicher

Betriebe beschäftigen heute eine besondere Übersetzungsstelle bei der Lia Rumantscha und beim Kanton. Das Rumantsch Grischun hat unterdessen eine starke Eigendynamik entwickelt. Seit 1986 ist Rumantsch Grischun beispielsweise Amtssprache des Bundes. Die Lia Rumantscha verwendet seit 1994 Rumantsch Grischun als Standardsprache für die offiziellen und administrativen Texte, die sie an das gesamte rätoromanische Gebiet richtet. Der Kanton Graubünden hat den Amtssprachengebrauch im Jahre 1996 mittels Verfügung der Regierung geregelt. Es heisst da: „Wenn sich der Kanton an die gesamte rätoromanische Bevölkerung wendet, bedient er sich des Rumantsch Grischun. Wenn er sich an Regionen, einzelne Gemeinden oder einzelne Bürgerinnen und Bürger wendet, kann er deren Idiome verwenden.“ 1993 gibt die Lia Rumantscha unter dem Titel „Pledari grond“ ihre gesamte linguistische Datenbank in Buchform und auf CD-ROM heraus. Diese Deutsch-Rätoromanische Wörter-sammlung ist die umfangreichste und modernste, die es bis anhin gibt.

Wie ist der Stand 1999?

In gesetzgeberischer Hinsicht steht das Rätoromanische relativ gut da. Im Vergleich mit anderen Minderheiten in Europa sogar sehr gut.

Im Alltag ist es leider nur teilweise gut. Wir können über eine neue Sensibilisierung bei den Rätoromaninnen und Rätoromanen sprechen, wir können Erfolge bei den Medien und in der Schule melden, obwohl Englisch uns stark herausfordert. Weniger Erfolg ist im Zusammenleben der verschiedenen Sprachgruppen festzustellen. Das Verhältnis zwischen den Sprachgruppen in der Schweiz gleicht dem Leben in einer Wohngemeinschaft. Man lebt zusammen, ohne sich ernsthaft füreinander zu interessieren. Die zahlenmässig Schwächeren passen sich den Zahlreicheren an, man bemüht sich um die rudimentären Regeln des gemeinsamen Wohnens, mehr kaum. Passive Koexistenz - sozusagen. Aber typisch für die Schweiz!

Ihre Einwohner sind in der Regel nicht zwei- oder mehrsprachig. Viersprachig ist nur das Land. Durchgehend zweisprachig sind nur die erwachsenen Rätoromanen. Viele Rätoromanen sprechen oder verstehen zudem zumindest auch die beiden anderen Landessprachen der Schweiz. Lange wurde die Zweisprachigkeit als Gefahr empfunden, zum einen für die Reinheit der Erstsprache, zum anderen als Zwischenstufe auf dem Weg der Verdeutschung. Für die Rätoromania stellt diese in der Tat eine Gefahr dar, wenn es nicht gelingt, die einheimische Sprache im angestammten Gebiet als Erstsprache zu festigen und sie auch im wirtschaftlichen Leben auf die gleiche Stufe mit der deutschen Sprache zu stellen. Aufgabe der Spracherhaltungspolitik wird es sein, die Zweisprachigkeit Rätoromanisch-Deutsch als funktional sinnvoll und kulturell bereichernd zu verstehen. Dazu ist es nötig, die Nützlichkeit des Rätoromanischen in Schule, Beruf und Öffentlichkeit zu fördern und die Anderssprachigen zu motivieren, diese Sprache zu erlernen.

## Demokratski Savez Hrvata u Vojvodini

von Bela Tonkovic, Präsident der Demokratischen Union der Kroaten in der Woiwodina/Jugoslawien und Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen

### "ALTE" UND "NEUE" VOLKSGRUPPEN IN BR JUGOSLAWIEN

Die Dichotomie einer Staatspolitik

Im Rahmen der Darstellung der Lage und der Rechten der Volksgruppen in einigen Ländern Europas mir ist die Ehre und Aufgabe zugefallen, dieser hochgeschätzten Versammlung, die das 50.-jährige Jubiläum der FUEV feiert, die Situation der nationalen Minderheiten in BR Jugoslawien von einem spezifischen Standpunkt her darzustellen: nämlich im Licht der staatspolitischen Teilung der Volksgruppen auf "alte" und "neue" nationale Minderheiten.

Diesen Vortrag hätte ich sehr gerne persönlich vorgebracht, jedoch ist es mir nicht möglich, weil die zuständige jugoslawische Behörde mir keine Ausreiseerlaubnis erteilt hat.

Worum handelt es in diesem Thema eigentlich?

Es ist wohl allgemein bekannt, daß die ehemalige Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ein Vielvölkerstaat war. Es fiel vom 1991. an in 5 Staaten auseinander. Es entstanden neue Staaten: Slowenien, Kroatien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina und Bundesrepublik Jugoslawien, die Republik Serbien mit den Provinzen Kosovo und Vojvodina und Republik Montenegro bilden.

Nach der Volkszählung 1991. in der Republik Serbien und die Republik Montenegro lebten 63% Serben und Montenegriner und 37% Angehörige anderer Volksgemeinschaften, von denen die Mehrheit in Vojvodina, Kosovo, Sandak und im Norden und Südosten, wie auch im der Bucht von Kotor im Südwesten Montenegros leben. In manchen Gegenden machen die Volksgruppen sogar die Mehrheit der Bevölkerung aus. Auch das jetzige Jugoslawien ist, also, ein Vielvölkerstaat.

Einigen Volksgruppen sind im ehemaligen Jugoslawien der Status und die Minderheitenrechte anerkannt worden, was auch das jetzige Jugoslawien teilweise respektiert. Die anderen sind im vorigen Staat konstitutive, dh. "staatsbildende" Völker gewesen.

Nach dem Zerfall des ehemaligen Staates sind Teile des kroatischen und des bosniakischen Volkes im jetzigen Jugoslawien, dh. außerhalb ihrer Mutterstaaten geblieben.

Die dritte Kategorie bilden die Roma, Sinti und Walachen, die weder im ehemaligen Jugoslawien noch heute als nationale Minderheit anerkannt sind.

Die erste Gruppe wird heute in der Staatspolitik Jugoslawien als "alte", die zweite Gruppe als "neue" nationale Minderheit genannt. Von der dritten Gruppe wird nicht einmal geredet.

In die Gruppe der "alten" Volksgruppen gehören die



FUEV-Vizepräsident Bela Tonkovic erhielt zum Jubiläumskongreß der FUEV keine Ausreisegenehmigung aus Jugoslawien.

Albaner, als die zahlenmäßig größte Volksgruppe, dann die Ungarn, Bulgaren, Ukrainer, Ruthäner, Rumänen und Slovaken, in die zweite die Bosniaken und die Kroaten.

Gestatten Sie mir, bitte, am Beispiel der Kroaten die Dichotomie (Zweigliedrigkeit)

der jugoslawischen Staatspolitik der nationalen Minderheiten gegenüber darzustellen.

In Schatten der tragischen Ereignisse in Kosovo, wo eine seit dem zweiten Weltkrieg in Europa nicht vorgekommene Vertreibung im Gange ist und im Schatten der Zerstörung der Lebensgrundlage von 11 Millionen Menschen in Jugoslawien stellt sich zwangsweise die Frage: Warum soll man gerade jetzt über die "alten" und "neuen" Minderheiten in Jugoslawien die Zeit verschwenden? Sollte man nicht lieber den akuten Brand löschen?

So hat man seit 1991. gedacht. Man versuchte immer nur den akuten Brand zu löschen.

Die zeitweiligen Versuche der Internationalen Konferenz über ehemaliges Jugoslawien (ICFY) in Genf haben keine befriedigende Lösung gebracht. Auch die Beschlüsse der Londoner Internationalen Friedenskonferenz über ehemaliges Jugoslawien im August 1992. sind nie richtig umgesetzt worden. Das Ergebnis war daß der Krisenherd mit allen Greueln und ihren Akteuren aus Kroatien zunächst nach Bosnien und Herzegowina und dann nach Kosovo, mit dramatischen "Nebenwirkungen" in Vojvodina, Sandak und Bucht von Kotor, herumgewandert sind. Man soll am Löschen des akuten Brandes sehr wohl mit allen Kräften arbeiten, jedoch darf man die andere Frage nicht vernachlässigen. Ansonsten droht die Gefahr, daß der Krisenherd weiter auf Sandak oder Vojvodina, oder sogar auf einen der Nachbarstaaten übergreift.

Vor der Erörterung der Frage der "alten" und der "neuen" Minderheiten in Jugoslawien, möchte ich noch herausstellen, daß sowohl die Bundesrepublik Jugoslawien, als auch ihre Teilrepubliken Serbien und Montenegro in ihren Grundgesetzen als bürgerliche Staaten definiert werden. Sie anerkennen allen Bürgern die gleichen bürgerlichen Rechte, den Minderheiten aber nur die Rechte, die die politischen Parteien der Staatsvölker für den Schutz der Identität, der Kultur und der Sprache der Minderheiten als ausreichend einschätzen. Und das wird als "die Achtung der Minderheitenrechte über den Maß der internatio-

nationalen Standards" dargestellt. Die Volksgruppen selber haben aber keine echte Mitsprachemöglichkeit. Die Regierung der Provinz Vojvodina setzte zwar einen Nationalitätenrat ein, dessen Mitglieder aber sie selber nominiert und der eine unverbindliche Ratgeberfunktion hat.

Die Kroaten in der Bundesrepublik Jugoslawien, heute etwa 150.000 Menschen, erfüllen alle Kriterien, die für die Anerkennung einer ethnischen Gemeinschaft als nationaler Minderheit üblich verlangt werden. Warum werden dann die Kroaten in der Bundesrepublik Jugoslawien als nationale Minderheit nicht anerkannt?

Die Problematik ist vielschichtig und ich bitte Sie, mir zu gestatten, einige Aspekte aufzuzeigen:

1) Das Grundgesetz und die Gesetze der jugoslawischen Föderation und ihrer Teilrepubliken halten den Schritt mit der Entwicklung der Menschenrechte seit dem Zerfall des Kommunismus nicht mit. Im Gegenteil: der jetzige Staat verhält sich sogar restriktiv auch den angestammten Rechten der "alten" Minderheiten gegenüber. Es ist ein Apsurd: in der Mehrparteiendemokratie werden den Volksgruppen mehr Rechte vorenthalten als im Kommunismus!

2) Der Staat anerkennt den "neuen" nationalen Minderheiten weder den Status der nationalen Minderheit, noch die Rechte als Grundrechte, die man durch Erfüllung bestimmter Voraussetzungen automatisch beanspruchen könnte, noch als einen Bestandteil der Menschenrechte.

3) Die jetzige Regierung zeigt keine Bereitschaft durch moderne Gesetze und in Zusammenarbeit mit den legitimen Vertretern der Volksgruppen ihren Status und Rechte zu lösen. Für die jetzige Regierung ist die Regelung der Nationalitätenfrage nur ein Gegenstand der Verhandlungen mit den entsprechenden Mutterstaaten. Auf die Frage, wer sind die Mutterländer der Wallachen, der Sinti und Roma erhält man keine Antwort.

4) Die jetzige Regierung akzeptiert die Volksgruppen nicht als Subjekte, die in die Lösung eigener Probleme Mitspracherecht haben. Sie werden nur als Objekte der Zwischenstaatlichen Verhandlungen betrachtet. Die Bemühungen der Volksgruppen, über Mutterländer auf die eigene Lage zu wirken, wird als ein Zeichen der Unloyalität bewährt.

5) Die jetzige Regierung akzeptiert weder wirksame Kontrollmechanismen, noch die Beteiligung der Minderheiten in Kontrollgremien.

Die Folgen sind sehr schwer.

Die Systemfolgen sind:

- die Kroaten haben keine Kindergärten, keine Schulen, keine Erziehungs- noch Bildungsanstalten in denen die kroatische Sprache und andere für die Bewahrung der eigenen Identität nötigen spezifischen Inhalte erlernt werden könnten. Die Kroaten in Jugoslawien müssen serbische Schulen besuchen, die serbische Sprache lernen und sprechen und nach serbischen Schulprogrammen lernen, die oft den Kroaten gegenüber ausgesprochen intollerant sind,

- die Kroaten in Jugoslawien haben kein Sprach- oder Geschichtsinstitut, noch Buchereien, noch Theater,
- von Kulturorganisationen haben sie nur Kulturvereine, die aber keine Unterstützung vom Staat erhalten,
- durch die wirkliche Bestimmung der Wahlkreise die Kroaten in Jugoslawien haben keine Chance eine Vertreter in die Parlamente der Provinzen, der Republiken und des Bundes zu wählen. So werden sie in voraus sogar der Chance, sich durch demokratische Institutionen für die eigenen Belange einzusetzen, beraubt.

Außer der Diskriminierung durchs System gibt es auch praktische: die Kroaten sind aus den Strukturen der Staatsverwaltung, des Gerichtswesens, der Polizei und des Offizierchors entfernt.

All das müssen sie erdulden trotz "Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Kroatien" vom 23. August 1996., dessen Paragraph 8 Jugoslawien zur Sicherung "aller Rechte nach dem internationalem Recht" den Kroaten verpflichtet.

Auf diese Weise werden die Kroaten in Jugoslawien einer Zwangsassimilation ausgesetzt.

In der gleichen Lage befinden sich auch die anderen nicht anerkannten Minderheiten.

Wo ist die Lösung zu suchen?

Angeichts der Erfahrungen und vor allen angesichts der augenblicklichen Situation bin ich überzeugt, daß nur eine Gesamtlösung zukunftsfruchtig sein kann.

In diesem Augenblick haben natürlich die Lösung der Tragödie in Kosovo und das Aufhören der Zerstörung Jugoslawiens absolute Priorität haben. Mit der Lösung nur dieser zwei Probleme würde man nur eine Teillösung erzielen.

Als eine langfristige und zukunftstragende Lösung schlage ich die Einberufung einer Konferenz unter der Schirmherrschaft von UNO, oder der OSZE, oder des Europarates vor, an der die legitimen Vertreter aller jugoslawischen Volksgruppen und der Regierungen Jugoslawiens, der Republiken Serbien und Montenegro, wie auch der OSZE und des Europarates teilnehmen würden. Das Ziel dieser Konferenz soll die Erstellung einer Neuordnung der Nationalitätenfrage in Jugoslawien sein, die

- die Weiterentwicklung der bisher erreichten Rechte der Volksgruppen in Jugoslawien,
- im Einklang mit den Beschlüssen, Normen und Empfehlungen der UNO, OSZE, der EU, und des Europarates,

- für alle verpflichtend und

- durch effiziente Mechanismen einsetzbar sein soll. Diese Neuordnung soll dann innerhalb eines kurzen Zeitraumes in die Grundgesetze und Gesetze Jugoslawiens und ihrer Teilrepubliken umgesetzt werden.

Ohne eine Gesamtlösung droht die Gefahr, die Kosovo-Krise könnte bald auf andere Teile Jugoslawiens oder/und der Nachbarländer übergreifen und damit die ganze Region weiterhin destabilisieren.

Die FUEV kann in dieser Lösungssuche mit ihrer Erfahrung und Ansehen als eine wichtige Informationsquelle und Ausdruck der Bestrebungen der europäischen Volksgruppen eine wichtige Rolle spielen.

Ich bin überzeugt, daß gerade in dieser Richtung die

## **Kirim Tatar Milli Meclisi**

*Thesen für die Rede des Vorsitzenden der Medzhlisse der Krimtataren, Mustafa Dzemilev, auf dem 44. Kongreß der Europäischen Volksgruppen in Haderslev (Dänemark) (14. Mai 1999)*

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), die jetzt ihr 50 jähriges Jubiläum begeht, besteht seit 1949. In jenem entfernten Nachkriegsjahr führte mein Volk, die Krimtataren, wie auch Dutzende anderer »beStrafter« vertriebener Völker, die durch das bolschewistische Regime ihrer Heimat und des Rechts auf historische Existenz beraubt wurden, einen verzweifelten Kampf ums Überleben auf mittelasiatischem Boden und in Malaria-Gebieten. Ich weiß, daß viele europäische Völker und Volksgruppen, die ebenfalls von ihrer Heimat durch Vereinbarungen einer Reihe von Staaten bzw. durch die Willkür eines bolschewistischen Systems gewaltsam abgetrennt wurden, wie beispielsweise die Polen aus den Westgebieten Litauens, Weißrußlands und der Ukraine, die Sudetendeutschen oder die deutsche Bevölkerung Ostpreußens, genauso ums Überleben in der Nachkriegszeit kämpften und auf der Suche nach Zuflucht umherirrten. Ihre Interessen wurden jedoch durch die junge Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen geschützt, der damals selbst noch ein schwerer Weg von rechtlichen und moralischen Prüfungen bevorstand und die ihre Legitimität und Zweckbestimmung der demokratischen Öffentlichkeit unter Beweis stellen mußte. über das Schicksal unserer Völker wußte Europa zur damaligen Zeit nichts, denn die eigene Stimme oder Berichte über die konkrete Lage der Krimtataren, der Karatschajewer, Balkaren, ja all der anderen mehr oder weniger grausam versklavten Völker der Sowjetunion waren auf den ersten Kongressen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen nicht zu vernehmen.

Die Meschlys des Volkes der Krimtataren war die erste Organisation östlich des Eisernen Vorhangs, die in die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen aufgenommen wurde und mit ihrem Beispiel den anderen nationalen Bewegungen und Vereinigungen der Urbevölkerung und nationalen Minderheiten den Weg öffnete. Heute stellen unsere Vertreter - aus Rußland, der Ukraine, Georgien und den anderen ehemaligen Unionsrepubliken, die unabhängige Staaten wurden, beinahe die Hälfte der Delegierten des heutigen Kongresses, und ich hoffe, daß ihre Zahl weiter wachsen wird, denn diese hohe und ehrenvolle internationale Tribüne, wie sie uns allen durch eine so kompetente Organisation, wie die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen eingeräumt wird, auf deren Empfehlungen auch die UNO und der Europarat Wert legen, bietet eine wichtige und wirksame Möglichkeit

richtige Lösung zu suchen ist und bitte die geehrte Versammlung, die vorgeschlagene "RESOLUTION ÜBER DIE LAGE DER NATIONALEN MINDERHEITEN IN DER BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN" zu verabschieden.



für den Schutz unserer Interessen und Rechte. Über die gegenwärtige Lage der Krimtataren können sich die Delegierten des Kongresses ausführlich im Artikel »Die Bewegung zum Schutz der Rechte der Krimtataren in den 90iger Jahren« infor-

mieren, der in deutscher Sprache in der Zeitschrift Osteuropa (1999, Nr. 2) veröffentlicht wurde. Dieser Artikel enthält genaue Zahlen, die die Dynamik unserer Repatriierung verdeutlichen, sowie Daten, die die extrem schwierige sozialökonomische Lage sowohl des repatriierten Teils der Krimtataren, als auch jenes Teils der Krimtataren charakterisieren, welcher an den Orten der früheren Verbannung in den mittelasiatischen Republiken verblieben ist; er berichtet über den Kampf für die Rechte der Landsleute, über die Methoden und Prinzipien dieses Kampfes, darüber, wie unsere gesamtationalen Kongresse (2. und 3. Kurultai) verliefen, wie sich das Mehrparteiensystem unserer nationalen demokratischen Bewegung herausbildete, wie wir versuchten und weiterhin versuchen, die parlamentarische Bühne für die Verteidigung der Interessen unseres Volkes zu nutzen, welche gesetzgeberischen Initiativen ins Leben gerufen und welche legislativen Hebel und Kräfte für den Schutz der Rechte des Volkes der Krimtataren in Gang gesetzt wurden, wie die Feinde unseres Volkes und der Bewegung zum Schutz unserer Rechte versuchten, einen Keil in unsere Reihen zu treiben, welche Gefahren unter den Bedingungen der noch unvollkommenen, nicht etablierten Demokratie und Unabhängigkeit lauerten; er berichtet über den Angriff von chauvinistischen, durch die Ideen einer imperialen und kommunistischen Revanche inspirierten Kräfte auf unser Volk und darüber, wie es uns gelang, die vielen Prüfungen während der schwierigen 90iger Jahre zu überstehen.

Ich möchte die gesamte Geschichte nicht wiederholen und erneut erzählen (ich bin aber bereit jedem, der Fragen dazu hat, ausführlich über die Spezifik unserer gegenwärtigen Situation zu berichten). Gestatten Sie mir, die heutige Gelegenheit von dieser hohen internationalen Tribüne zu nutzen, einige Schlußfolgerungen aus der Erfahrung unserer Bewegung für den Schutz der Rechte unseres Volkes zu ziehen, Schlußfolgerungen, die in gewisser Weise für andere natio-

nale Vereinigungen von Nutzen sein können, deren Vertreter sich auf diesem Kongreß versammelt haben. Mir ist natürlich bewußt, daß in jeder Region eine besondere, einmalige Situation vorherrscht und der Schmerz eines jeden Volkes, dessen Rechte verletzt werden, einzigartig ist: fremde Erfahrungen können diesen nicht heilen.

Und dennoch möchte ich über zwei grundlegende Schlußfolgerungen aus der Geschichte unserer nationalen Befreiungsbewegung am Ausgang des 20. Jahrhunderts berichten und alle Anwesenden zum Nachdenken anregen, ob diese nicht in einer direkten Beziehung zu ihrem Schicksal, zu ihren Problemen stehen.

Erstens: Unter den Bedingungen einer von der imperialen und Unionsmacht befreiten und unabhängigen Ukraine wurden wir mit einer Situation konfrontiert, die in sozialökonomischer, rechtlicher, moralischer und sonstiger Hinsicht alles andere als günstig war. Dennoch faßten wir den strategischen Entschluß, den weiteren Kampf für die eigenen Rechte nicht gegen den ukrainischen Staat und die ukrainische Staatlichkeit zu führen, sondern ihn gemeinsam mit diesem Staat, zusammen mit der ukrainischen Demokratie und den fortschrittlichen Kräften des ukrainischen Volkes zu führen. Wir entschieden uns für den strategischen Kurs eines Bündnisses mit der nationalen ukrainischen Bewegung, die durch »Ruch« angeführt wurde (auch heute vertreten wir im ukrainischen Parlament - der Werchownaja Rada - die Interessen der Krimtataren als Mitglieder der Ruch- Fraktion). Wir, selbst eine noch rechtlose, erniedrigte Minderheit auf eigenem historischen Heimatboden, reichten Kiew in Freundschaft die Hand im Kampf für die staatliche Unabhängigkeit und die demokratische Umgestaltung der gesamten Ukraine. Wir ließen es nicht zu, daß kommunistische und imperiale Provokateure einiger nördlicher Hauptstädte und angrenzenden Mächte sich hinter dem Namen unseres Volkes versteckten und dessen Interessen mißbrauchten bei deren Unterfangen, die Krim abzutrennen und dem Großimperium wieder einzuverleiben, und wir gingen nicht den Weg des Separatismus, der tödlich ist für den ukrainischen Staat. Ich glaube, daß die Stunde kommen wird, das ersehnte Jahrhundert im neuen Jahrtausend anbrechen wird, wo die Krimtataren im friedlichen und freundschaftlichen Dialog mit dem freien ukrainischen Volk ihren Traum vom eigenen Staat und ihr darauf gerichtetes Streben

verwirklichen werden, ohne dabei auch nur einen Tropfen Blut unschuldiger Menschen zu vergießen, ohne der Natur, der Kultur, unserer gemeinsamen Erde und dem staatlichen Prestige der Ukraine auch nur den geringsten Schaden zuzufügen. Doch um genau diesen sehnlichsten Zukunftstraum erfüllen zu können, müssen wir heute die Ukraine unterstützen. Die Ideologen einer kommunistischen Revanche, die Krokodilstränen über die Überreste der ehemaligen Sowjetunion vergießen und neue Bündnisse auf der Achse Moskau-Minsk-Belgrad schmieden, träumen insgeheim vom Sturz des Staates und sprechen offen darüber. Diese Erfahrungen sowie die schweren, jedoch unwiderlegbaren Schlußfolgerungen aus dem politischen Kampf der letzten Jahre möchte ich weitergeben an die brüderlich verbundenen nationalen Bewegungen in Georgien, wohin heute die achalzychsker Türken zurückkehren, in Moldawien, wo die Türken-Gagausen leben, ja überall dort, wo kleine Völker gegenseitiges Verständnis und den Dialog suchen mit leider mitunter gegenüber ihrem Schmerz tauben und hartherzigen jungen Hauptstädten, sei das in Kiew, Tiflis oder Kischinev.

Und die zweite Frage, auf die ich die Aufmerksamkeit des Kongresses richten möchte, ist die Frage der Schwelle, ab der im Kampf für die Rechte der Völker und nationalen Minderheiten das Prinzip des »gewaltlosen Widerstandes gegen das Böse« seinen Sinn verliert. Unsere Bewegung hat sich selbst in den schwersten Zeiten des kommunistischen Terrors an verfassungsrechtliche, gewaltfreie Formen und Methoden des Kampfes gehalten. Wir sind gegen ein Blutvergießen in allen seinen möglichen Formen. Wir wissen jedoch, daß die Geduld der Völker nicht bis in alle Ewigkeit auf die Prüfung gestellt werden kann, und daß dort, wo ein dreistes faschistisches Regime zum totalen Genozid eines ihm unerwünschten Volkes übergeht, nur eine Form der Auseinandersetzung möglich ist - die von der Position der Stärke. Im Namen einer Reihe von Delegationen türkischer und muslimischer Völker Osteuropas, die auf diesem Kongreß vertreten sind, möchte ich den albanischen Kosovaren, die Opfer ethnischer Säuberungen Belgrads wurden, mein Mitgefühl ausdrücken und die entschlossenen Schritte billigen, zu denen sich die Weltgemeinschaft und die NATO zur Abwendung der vollständigen Ausrottung der Kosovo-Albaner gezwungen sahen.

## **Round Table: Die Turk-Mescheten**

*ein aktuelles Minderheitenproblem in Rußland und Georgien*

### TEILNEHMER:

Prof. Dr. Swetlana Tschervonnaja (Institut der Ethnologie und Anthropologie der Akademie der Wissenschaften, Moskau)

Prof. Alexi Gerasimov (Referent des Präsidenten Georgiens für interethnische Angelegenheiten, Tiflis)

Fuad Pepinow (Internationale Gesellschaft der Turkmescheten „Vatan“, Moskau)

Harris Nielsen (Dänisches Außenministerium, OSZE-Konsultent, Kopenhagen)

Die Moderiert wurde dieser Runde Tisch von Dr. Davide Zaffi (Sektionschef für Minderheiten der Autonomen Region Trentino)

Rund 400.000 Turkmescheten warten darauf, in ihre Heimat in Georgien zurückzukehren. Sie sind Opfer des kommunistischen Regimes, das im Jahre 1944 die Deportation der Turkmescheten veranlaßte. Anlässlich ihres 44. Nationalitätenkongresses veranstaltete die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) am 15. Mai 1999 in Haderslev/Dänemark einen Runden Tisch zum Problem der Turkmescheten. Damit sollte geholfen werden, die historischen Ursachen zu klären sowie aktuelle Lösungsansätze zu präsentieren.

Einigkeit herrschte bei den Teilnehmern darüber, daß die Deportation der Turkmescheten 1944 eine menschenverachtende, willkürliche Vertreibung durch das kommunistische Regime war. Swetlana Tschervonnaja sagte, der Grund der Deportation könne der Wunsch einer Sicherung der Grenzregion zu der Türkei gewesen sein. Die Führung in Moskau wollte offenbar nicht, daß in diesem Gebiet eine Minderheit türkischer Abstammung lebt. Allerdings sei es in der Forschung noch immer umstritten, ob die Turkmescheten tatsächlich aus einem türkischen Volk hervorgegangen sind. Die Ansicht, daß die historischen Wurzeln der Turkmescheten im georgischen Volk liegen, sei ebenfalls weit verbreitet.

Die Diskussionsmitglieder des Runden Tisches waren der Meinung, daß die Rückkehr der 400.000 Turkmescheten nach Georgien wünschenswert und wichtig ist. Fuad Pepinow forderte die georgische Regierung auf, die bedingungslose Rückkehr der Turkmescheten zu gewährleisten. Gleichzeitig versicherte er, daß die Turkmescheten im Falle ihrer Rückkehr keinesfalls die Rechte der Georgier einschränken wollen. Zudem würden keine Ansprüche auf Grund und Boden gestellt. Die Turkmescheten seien nicht daran interessiert, eine Autonomie zu erlangen.

Obwohl die georgische Regierung die Rückkehr der Turkmescheten grundsätzlich begrüße, habe sie dennoch Angst davor, daß durch die Rückkehr neue Konflikte und Provokationen entstehen können. Das machte Alexi Gerasimov am Runden Tisch deutlich. Um neue Spannungen zu vermeiden, sei es dringend erforderlich, die Rückkehr gut zu organisieren. Dazu plane die

Regierung Georgiens die Erstellung einer Datenbank, in der die genaue Anzahl der rückkehrwilligen Turkmescheten erfaßt werden soll. Zudem sei eine Kommission gegründet worden, die die Rückführung organisieren soll. Besonders wichtig sei, daß die Rückführung transparent verläuft. Aus diesem Grund plane die Regierung eine Bildungskampagne in den Medien, die die georgische Bevölkerung über die Rückkehr der Turkmescheten informieren soll. Gerasimov machte darauf aufmerksam, daß in Georgien noch immer eine starke Opposition vorhanden sei, die die Rückkehr der Turkmescheten ablehnt. Deshalb müßten internationale Organisationen bei der Umsetzung des Vorhabens Hilfe leisten. Auch Pepinow forderte die internationale Staatengemeinschaft auf, die Rückkehr der Minderheit nach Georgien zu überwachen.

Harris Nielsen vertrat ebenfalls die Meinung, daß es die Aufgabe der OSZE oder der UNO sei, die Rückkehr der Turkmescheten zu beobachten. Grundsätzlich machte er darauf aufmerksam, daß die OSZE Konflikte vermeiden wolle. Im Falle einer Auseinandersetzung habe die OSZE die Aufgabe schnell einzugreifen. Wichtig sei, daß neue Konflikte in Georgien vermieden werden müssen, da diese zu einer Destabilisierung der Region führten.

Die Teilnehmer des Runden Tisches waren mit dem Verlauf der Diskussion zufrieden. Es hat sich gezeigt, daß Einigkeit darüber herrscht, daß die Turkmescheten in ihre Heimat zurückkehren sollen. Die Bemühungen der georgischen Regierung stießen auf ein positives Echo.

(KLS)

## Armin Nickelsen

*Bericht des FUEV-Generalsekretärs anlässlich der FUEV-Delegiertenversammlung am 15. Mai 1999 in Haderslev/Dänemark*

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Delegierte,

wenn ich heute als Generalsekretär meinen letzten Bericht meiner insgesamt 12 jährigen Amtszeit vor der FUEV-Delegiertenversammlung ablege, möchte ich wieder meinen Bericht in drei Abschnitte gliedern:

1. Allgemeine minderheitenrelevante Bemerkungen aus der Sicht des FUEV-Generalsekretariats in Flensburg
2. FUEV-Internas: Wie geht es weiter ohne Generalsekretär ?
3. Worte des Dankes für jahrelange gute Zusammenarbeit

zu 1:

Das Interesse an der Arbeit und dem Wirken der FUEV ist aus meiner Sicht kontinuierlich gewachsen. Die gut vorbereiteten Besuche der FUEV-Vertreter beim Europarat, beim Europäischen Parlament, bei der OSZE und bei der UNO, sowie die durchgeführten »Fact-Finding-Missions« prägen selbstverständlich den Alltag im Generalsekretariat und macht die Minderheiteninteressierten neugierig, nicht zuletzt durch die Einrichtung der FUEV-Homepage im Internet seit Februar dieses Jahres. Letzteres hat dazu geführt, dass die Anfragen immer zahlreicher werden,

zeitweise 10-15 E-Mails pro Tag (unmittelbar vor Kongressen gar über 20 E-Mails pro Tag )!

Aus der Sicht des Generalsekretariats ist außerdem zu beobachten, dass sich internationale Organisationen und Institutionen verstärkt den Fragen des Minderheitenschutzes widmen.

Die Konvention zum Schutz nationaler Minderheiten und die Charta für Regional- oder Minderheitensprachen sind in aller Munde und ich könnte beinahe jede Woche an irgendeinem Seminar mit der Thematik dieser beiden Instrumente teilnehmen.

Trotzdem ist immer noch zu viel Konfliktpotential in dieser Frage der Minderheiten in Europa vorhanden. Ich habe den Eindruck, dass sich viele Verantwortliche unserer Mitgliedsorganisationen redlich bemühen, einen von uns als FUEV stets propagierten Konstruktiven Dialog mit der Mehrheitsbevölkerung in Gang zu setzen.

Andere sind eher verzagt oder eingeschüchtert, haben einfach nicht den Mut zum Bekenntnis, wirken auf Außenstehende resigniert und treten politisch nicht selbstbewußt auf. Diese Gruppen sollten sich an die FUEV wenden, sodass eine Delegation des Präsidiums sie vor Ort einmal besucht, ihre Situation kennenlernt und eventuell Lösungsvorschläge unterbreitet.

Als ich vor 12 Jahren das Amt des Generalsekretärs übernahm, hatte ich insgesamt 31 Mitglieds-

organisationen in Westeuropa zu betreuen. Die meisten Wünsche und Minderheitenansprüche waren oder wurden mit Mitteln des demokratischen Rechtsstaates geltend gemacht.

Nach dem Fall der Mauer vor 10 Jahren zerbrach das kommunistische Regime und weitere 60 Mitgliedsorganisationen strömten in die FUEV.

In Osteuropa wurde die Betreuung schwieriger, das Umfeld war ganz anders gelagert. Den Menschen, denen ich begegnete, fehlte durch die lange kommunistische Herrschaft anfangs das Vertrauen zur Obrigkeit und sogar untereinander. Jeder mißtraute jedem. Das hat sich gottseidank geändert !

Heute bauen die Minderheitenangehörigen auf die beiden bisher in Europa erreichten Instrumente des Europarates und gehen davon aus, dass Staaten sich verpflichten, die ethnische, kulturelle, sprachliche Identität zu schützen.

Vielleicht war es 1990 bei der OSZE-Tagung in Kopenhagen eine äußerst günstige Großwetterlage, dass die Konferenz von gewissen Gruppenrechten sprach und postulierte, dass Minderheitenkonflikte eben nicht mehr alleine die Sache des jeweiligen Staates sei.

Ich reiste vor neun Jahren sehr zufrieden von Kopenhagen nach Hause.

Ein Problem ist nach wie vor die Tatsache, dass die Nationalstaaten sich immer noch nicht zu einer allgemein gültigen Definition des Begriffes »Minderheit« durchringen konnten.

Ich frage mich, darf in Zukunft jeder Staat ganz alleine bestimmen, welche Minderheit im Staat anerkannt und welche ganz einfach ignoriert wird ???

In Krisensituationen werden aus meiner Sicht Minderheiten oft zu einem Objekt internationaler Konflikte und werden als diplomatische Verhandlungsmasse gesehen. Das Wort »Ethnische Säuberung« ist in meiner Amtszeit das häßlichste Wort, das mir zu Ohren kam !

Nach meiner Überzeugung ist der einzig gangbare, praktikable Ausweg eine völlig neue Kultur des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten unter der gemeinsamen Verantwortung aller in einer Region !

Wenn wir über Minderheitenfragen diskutieren, geht es m. E. um die Grundfragen der Demokratie; denn seit Jahrzehnten gebrauchte die FUEV den Slogan: »Sage mir , wie ein Staat mit seinen Minderheiten umgeht und ich sage Dir, wo der Maßstab für die zivilisatorische und demokratische Reife dieses Staates liegt«.



**Armin Nickelsen**, Generalsekretär der FUEV von 1987 bis 1999

zu 2:

Das FUEV-Generalsekretariat wurde im Berichtszeitraum wieder von zahlreichen Persönlichkeiten aufgesucht:

Am 3.6. erschien der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums des Innern Manfred Carstens aus Bonn.

Vom 12. bis 15. Juni arbeitete der FUEV-Präsident Romedi Arquint im Generalsekretariat in Flensburg.

Am 6.10.1998 besuchte uns die Botschafterin Rumäniens, Frau Grete Tartler-Tabarasi aus Kopenhagen.

Am 5.3.1999 hatten wir die Ehre, den Landtagspräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Heinz Werner Arens mit Gefolge bei uns begrüßen zu können.

Am 24.3. erschien Frau Swetlana Tschewonnaja aus Moskau, um diesen Kongreß aus ihrem Blickwinkel vorzuplanen.

Mehrfach besuchte uns der Direktor des Dannewerkmuseums, Dr. J. Kühl, um die Jubiläumsschrift »50 Jahre FUEV« erstellen zu können.

Am 30.04. besuchte der Haushaltsexperte der Südtiroler Landesregierung Dr. Karl Rainer das FUEV-Generalsekretariat.

Nun wende ich mich der existentiellen Frage zu :

»Wie geht es nun weiter im FUEV-Generalsekretariat ohne hauptamtlichen Generalsekretär ?

Ich habe dem Präsidium einen Strukturvorschlag unterbreitet, in dem meine Arbeit in Zukunft auf mehrere Schultern verteilt werden kann. Diesen Vorschlag hat das Präsidium gutgeheißen und einstimmig beschlossen.

Unser hochmotivierter und hochqualifizierter Präsident übernimmt in Zukunft den gesamten Reisesektor, d. h. den außenpolitischen Bereich in Straßburg bei Europarat- und Europaparlamentssitzungen, sowie die Verantwortung für die Durchführung und Berichterstattung der zukünftigen »Fact-Finding-Missions«. Dabei wird er selbstverständlich von den Vizepräsidenten unterstützt.

Der Sekretär Frank Nickelsen wird weiterhin das Generalsekretariat als Geschäftsführer verantwortlich leiten und durch eine Halbtagskraft im Büro entlastet. Den finanziellen Rahmen für diese Lösung habe ich in der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein und im Vorstand und im Kuratorium der » Gemeinnützigen Hermann-Niermann- Stiftung« erreichen können.

zu 3 :

Zum Schluß meines Berichtes will ich es nicht versäumen, mich für die hervorragende gute Zusammenarbeit mit Regierungen, Parlamenten, Staatskanzleien, Ministerien, Stiftungen, Generalkonsulaten, Botschaften, Generalsekretariaten und europäischen Institutionen, sowie bei der Presse, d.h.. den Printmedien, dem Hörfunk und dem Fernsehen herzlich zu bedanken.

Zu danken habe ich

- dem Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen Herrn Dr. Luis Durnwalder und seinem Haushaltsexperten Dr.Karl Rainer,
- dem ehemaligen Vizepräsidenten der Region Trient, Dr. Franz Pahl und seinem Mitarbeiter, dem Sektionschef für Minderheiten, Dr. Davide Zaffi,
- dem Referatsleiter des BMI in Bonn Herrn Rolf Goßmann und seiner Sachbearbeiterin Geraldine Hoke, Bonn
- dem Stellvertretenden Landesamtsdirektor Dr. Dr. Anderwald und seinem Mitarbeiter Mag.Peter Karpf und der hier anwesenden Frau Dr.Maria Novak-Trampusch,
- dem Minderheitenbeauftragten der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Herrn Kurt Schulz und seinem Mitarbeiter Herrn Uwe Pauls,
- dem Vorstandsvorsitzenden der Gemeinnützigen Hermann-Niermann-Stiftung Herrn Uwe Stiemke und seinem Geschäftsführer Herrn Gernot Goretzki,
- Herrn Frank Stekete vom Europarat,
- den beiden Generalsekretären Gert Wiencke, SSF und Peter Iver Johannsen, BdN, Ulrich Küsel vom Nordschleswiger, den Sekretariatsleiter Siegfried Matlok, den Revisoren Karl Kring und H.Heil, dem Ehepaar Ernst u. Annalise Meyer,
- dem Präsidenten Romedi Arquint, den Herren Vizepräsidenten Dr.Ludwig Elle, Dr.Bruno Hosp, Pierre Le Moine, Joseph von Komlossy, Bela Tonkovic und meinem BdN-Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen
- Ich danke ganz persönlich meinem Sohn Frank als meinen gewissenhaften Sekretär, ohne den ich die letzten 6 Jahre die Arbeit im Generalsekretariat gar nicht hätte bewältigen können.
- Last not least danke ich meiner Frau Susanne für das Mittragen meiner Arbeit und für die vielen Dienstreisen, wo ich sie immer allein lassen mußte. Sie alle haben es verdient, namentlich erwähnt zu werden, ohne ihren Einsatz und ihr Wohlwollen könnte die FUEV nicht so effektiv und vor allen Dingen nicht so professionell arbeiten.

Für das FUEV-Generalsekretariat wünsche ich mir für die Zukunft weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit allen bisherigen Partnern und den FUEV - Mitgliedsorganisationen möchte ich zurufen:

»Bewahrt Eure Identität, denn Eure Sprache und Kultur ist ein Schatz für Europa, den gilt es zu hüten und zu verteidigen gegen alle Maßnahmen, die auf Assimilation und Verschmelzung hinauslaufen. Die Vielfalt unserer Sprachen und Kulturen ist der Reichtum Europas!«

## RESOLUTION 1999 - 01

Main resolution

of the Assembly of Delegates of the Federal Union of European Nationalities  
in Haderslev/Denmark on 15 Mai 1999.

This century has been marked by conflicts which culminated in two world wars and countless hostile disputes which, today, are still the source of death, suffering and instability in Europe. The main explosive force proved to be the ideologies of an exclusive nationalism and ethno-nationalistic attitudes that were coupled with political claims to power on a national or international level.

The international community has unfortunately still not succeeded in internationally anchoring minority rights as civil rights in binding legal mechanisms. Only when minority rights—that have nothing to do with absurd, national and racist extraction—have asserted themselves as fundamental human rights, can we expect peaceful coexistence between the respective majority and minority populations in internal and inter-state issues.

The Framework Agreement on the Protection of National Minorities and the European Charter for Regional and Minority Languages both took effect in 1998.

The Federal Union of European Nationalities (FUEN) has made every effort to obtain legal rights for ethnic communities since it was established in 1949. Consequently, it is pleased that, almost 50 years after its foundation, with these two international instruments a significant number of its objectives has been achieved.

FUEN expects that these will have a settling effect and promote peaceful coexistence between national minorities and the respective majority populations in states.

However, this will only be the case,

if signatory states do not see the two conventions as practical alibis and do not abuse them as an instrument against the national minorities, but respect the existential private and collective issues of national minorities in the sense intended in both conventions and put these into practice in cooperation with those directly affected,

if other states ratify the international agreements mentioned without delay,

if the signatory states recommend to the Committee of Ministers at the Council of Europe independent persons of integrity as delegates for the two expert committees concerned with monitoring the obligations submitted,

if the Council of Europe fosters further protective standards for the national minorities as contained in the Vienna Declaration of 1993.

However, the Federal Union of European Nationalities regrets,

that so far no agreement has been reached on including a representative of international minority organisations on the expert committee as an equal partner;

that the Council of Europe's 'wise council' made no mention of any proposals for increased participation of the NGOs as partners in all structures of the Council of Europe in its report on the future of the CE.

Not taking note of civil society contradicts the essence of the conventions and the role of IGOs which is internationally recognised, particularly by the Council of Europe itself. This leaves a path-breaking opportunity for the constructive cooperation of state representatives and representatives of the national and international minorities unexploited.

FUEN calls upon the Committee of Ministers at the Council of Europe to:

- \* call upon member states to actively include the national minority organisations in assessing the conditions in individual countries;

- \* to include FUEN as a significant and representative organisation of the national minorities in Europe in the expert bodies involved with the problems of national minorities.

FUEN expects the Parliamentary Assembly of the Council of Europe:

- \* to similarly intensify cooperation with FUEN and other international organisations and include these in its activities. This particularly applies to the work of the MONITORING-Groups, the INTERGROUP, currently being formed, for national minority issues and other work on legal standards to benefit national minorities.

## OSCE

The OSCE has effectively and practically concerned itself with the problems of national minorities and indigenous peoples. With the High Commissioner for National Minorities, the Hague Recommendations and with its numerous missions, it has rendered indispensable services towards bringing peace and in setting up democratic structures.

FUEN follows the work of the OSCE with great satisfaction.

FUEN expects:

- \* the community of states to support the role of the OSCE in preventing, avoiding and controlling conflicts, in observing and monitoring international obligations in critical regions and in reinstating democratic and ordered conditions materially, ideally and within the range of its responsibility and competence,

- \* that integral minority policy concepts will be included in the Security Charter of the OSCE in the interests of setting up a democratic society, in which the European heritage can freely develop in its lingual, cultural and ethnic diversity,

- \* that the OSCE more intensively promotes a civil society, extends the sound cooperation with international NGOs regarding human rights and the protection of minorities and actively supports national NGOs in their missions.

## European Community

FUEN regrets,

that the EU has attributed only marginal significance to the preservation and promotion of lingual and cultural diversity in Europe in its policies so far. The Maastricht Treaties show an initial, hesitant step in this direction. Apart from lingual and cultural dimensions, the political and national consequences of protecting national minorities and indigenous peoples are to be integrated in the

EU treaty.

Continual consideration and promotion regarding the rights of national minorities and peoples during negotiations on admitting new states to the EU is just as essential as in the programmes for strengthening national and democratic structures. In this respect, FUEN primarily expects the EU to seek a closer partnership with international and national NGOs as partners in cooperation.

## **RESOLUTION 1999 - 02**

Resolution

of the Assembly of Delegates of Federal Union of European Nationalities in Haderslev/Denmark on 15 May 1999.

1. For more than a decade, FUEN has been working towards a peaceful settlement of the conflict between the Serbs and the Kossovo Albanians. In annual resolutions, the following were underscored:

- criticism of the abolition of autonomy, and with this minority rights, by the Yugoslavian government in 1989,
- settlement of the Kossovo issue must be part of the Dayton Accords,
- the ethnic cleansing observed for years in Kossovo must be halted,
- the forces around Ibrahim Rugova working towards a non-violent democratic solution should be sustainably and energetically supported,
- endeavours to reach autonomy within existing state borders should be particularly promoted,
- civil society organisations are to be included in negotiations as active partners,
- observance of human rights is to be internationally asserted and monitored in Kossovo,
- OSCE missions must be supported and secured by the UN and NATO troops.

All of these appeals to the international community, to the Council of Europe, the EU, the OSCE and the UN fell on stony ground. FUEN assesses this as a sign of the inability to develop and find approaches to solutions oriented to the needs of the population concerned outside the traditional heritage of diplomatically and strategically dominated bases for negotiation.

NATO involvement is ultimately an expression of political failure. It consolidates ideological and ethnic polarisation, intensifies human suffering and makes it difficult for all parties to reach acceptable and stable political solutions.

2. FUEN calls upon the international community, in solving the Kossovo conflict and other potential future conflicts, to:

- give priority to the issue of human rights and the rights of national minorities,
- to develop new, reflection-oriented strategies for solutions and to involve the populations concerned,
- to involve and promote civil society organisations in political, religious and cultural fields in the building of democratic and constitutional structures,
- to apply the principles of humanity in preventing conflicts, accompanying these and in

rebuilding the state by involving FUEN and to attain the goals mentioned above.

## **RESOLUTION 1999 - 03**

On the situation of the national minorities in Yugoslavia

The Assembly of Delegates of Federal Union of European Nationalities (FUEN) in Haderslev Denmark on the occasion of the 50th anniversary of FUEN

- is extremely concerned about the recent tragic events in the Republic of Yugoslavia
- points out that of the 11 million inhabitants in Yugoslavia, the national minorities account for almost 40% of the total population

and determines

that in their state policies, the Republic of Yugoslavia and the Republic of Serbia

1. do not grant all non-Serbian population groups the same status of a national minority
2. due to the creation of new national minorities after the dissolution of the former Federal Republic of Yugoslavia, e.g. the Croats and the Bosniacs from Sandzak, do not allow or grant minority rights, and through this differentiation, a part of the population loses their legitimate rights,
3. as successors of the former Yugoslavia, do not observe the constitution of the Federal Republic of Yugoslavia or the Republic of Serbia and laws of the Republic of Yugoslavia or adhere to their international obligations—in the case of the Croats even international agreements they have signed themselves.

The delegates of the 44th FUEN congress also welcome the fact that the government of the Republic of Montenegro has embarked upon a path towards respecting the rights of national minorities and encouraging them in their endeavours to harmonise its own laws on national minorities and with the implementation of international norms.

The FUEN Assembly of Delegates

with regard to the respective documents of the UN, the OSCE and the Council of Europe concerning human rights and the rights of national minorities and to their own fundamental programmes and in the conviction that the rights of national minorities are elements of human rights and securing peace,

- express their dismay at the tragic events in Yugoslavia that seriously afflict the whole population and destabilise the Federal Republic of Yugoslavia as well as the whole Balkan region,
- condemn policies that, in the alleged interest of the majority population, withhold rights from the national minorities and kindle serious conflicts,
- underscore their concern about a possible escalation of the conflict to include the autonomous regions of Vojvodina and Sandzak,

demand

from the governments of Yugoslavia and the Republic of Serbia

- that they abolish the policy so far of dividing the national minorities, grant non-Serbian ethnic groups the same status of a national minority and recognise them as an equal and constitutive part of the state population of the Federal Republic of Yugoslavia,
- grant all national minorities, in line with the European standards, local traditions and the appropriate specific requirements, the respective rights or reintroduce the rights and opportunities granted earlier,
- cooperate with legitimate representatives of all national minorities to anchor the rights in laws that correspond to the rights in international norms and to the justified demands of the ethnic groups and in effective control mechanisms.

The delegates of the 44th FUEN congress also call upon the international community of states to provide effective aid to peacefully and democratically assert the demands mentioned above.

## **RESOLUTION 1999 - 04**

### Resolution

of the Assembly of Delegates of FUEN in Haderslev/Denmark on 15 May 1999.

### FUEN

- which has always supported the cause of obtaining binding rights for national minorities, particularly in the private and public use of their native languages;
- which has played a significant role in the enforcement of the CE's European Charter for Regional or Minority Languages;
- in accordance with its last year's Resolution 1998-02

welcomes the democratic changes of the last months in the Slovak Republic including the governmental position of the Party of the Hungarian Coalition, which represents the strongest minority in the country;

supports—in harmony with the CE and EP—the passing of a bill on the official use of minority languages in the SR which should, however, be in conformity with the stipulations of the ECRML and other relevant CE documents (e.g. Rec. 1353 on access of minorities to higher education).

The FUEN appeals to the democratic forces of Slovakia to promote the basic principles of the draft of the PHC (based on CE documents) on the official use of minority languages, mainly

- the use by administrative authorities of the regional or minority languages (cf. ECMRL, art. 10, 1a/i);
- the right of users of regional or minority languages to submit to administrative authorities oral or written applications and receive a reply in these languages (cf. ECMRL, art. 10, 1a/iii);
- the availability of widely used administrative texts and forms for the population in the regional or minority languages or in bilingual versions (cf. ECMRL, art. 10, 1b);
- the publication by regional and local authorities of their official documents also in the relevant regional or minority languages (cf. ECMRL, art. 10, 2c, d);
- the use by regional and local authorities of regional or minority languages in debates in their assemblies, without excluding the use of the official language of the State (cf. ECMRL, art. 10, 1);
- the presentation of documents and evidence during legal procedures in regional or minority languages (cf. ECMRL, art. 10, 2 e, f)

- a strong commitment to the teaching of and in regional or minority languages.

Where entrance examinations are required these should be adapted to take account of the linguistic and cultural background of national or regional minorities, i.e. they should have the possibility to take the entrance examination in their native language (cf. Recommendation 1353 [1998] of CE: the reply to Rec. No.1353 from the Committee of Ministers).

The FUEN Assembly of Delegates—in conformity with the ECRML—stresses that the adoption of special measures in favour of regional or minority languages aimed at promoting equality between the users of these languages and the rest of the population is not considered to be an act of discrimination against the users of more widely used languages.

The passing of the law on the official use of minority languages in Slovakia—according to the PHC draft based on CE documents—could be the cornerstone of Slovak–Hungarian reconciliation, the crucial help to preserve the identity of mainly minor ethnic groups of Slovakia; consequently it would add to the stability of the territory and finally it would also increase the chances for the Euro-Atlantic integration of the Slovak Republic.

FUEN expects the national minorities affected to be involved in the negotiations on ratifying the European Charter for Regional or Minority Languages and their issues to be taken into consideration.

## **RESOLUTION 1999 - 05**

of the Assembly of Delegates of the Federal Union of European Nationalities  
in Haderslev/Denmark on 15 Mai 1999.

The delegates of the Federal Union of European Nationalities are concerned that the demands formulated two years ago in FUEN resolution 06/1997 remain without result.

The Balkar people have no chance of obtaining their self-determination rights in the Russian Federation. This is the reason for increasing dissatisfaction and political tension in the northern Caucasus.

The delegates of the Federal Union of European Nationalities call upon the government of the Russian Federation,

to consistently implement the law governing the rehabilitation of the deported Balkar people and to cooperate with democratic legitimate representatives of the Balkar people.

## **RESOLUTION 1999 - 06**

Resolution  
of the Assembly of Delegates of the Federal Union of European Nationalities  
in Haderslev/Denmark on 15 Mai 1999.

The delegates of the Federal Union of European Nationalities,

express their agreement with the conclusions, results and recommendations of the FUEN delegation in the context of its fact-finding mission in Georgia in November 1998, where, in particular, the situation of the Turkish Meskhets was investigated,

welcome further discussions on a governmental level and with international organisations like the Council of Europe, the OSCE, the UN refugee organisation, concerning the return of the Turkish Meskhets to their home.

Particular attention and guidance, e.g. in the form of an international group of experts, should be given to those returning to the Achalciche region.

## Participants and guests • Participants et invités Teilnehmer und Gäste • УЧАСТНИКИ И ГОСТИ

A	Gieler, Zlatka Mag.	D	Meyer, Ernst
A	Koderhold, Christian	D	Meyer, Joachim
A	Kulmetsch, Janko Mag.	D	Meyer; Annalise
A	Perusich, Jelka	D	Nickelsen, Frank
A	Sarközi, Rudolf	D	Nissen, Manfred
A	Trampusch-Novak, Maria Dr.	D	Pauls, Uwe
A	Wakounig, Andreas	D	Pelka, Rainer
A	Wendl, Christa	D	Rautenberg, Peter
B	Fouere, Erwan	D	Rehor, Sonja
BG	Alexandrov, Ivan	D	Richter, Frau
BG	Hodkewitsch, Leonid	D	Röper, Ursula MdL
BG	Kurktichiev, Toma	D	Rose, Romani
CH	Arquint, Romedi	D	Rossberg, Arnold
CH	Derungs, Gion A.	D	Ruppert, Ilse
CH	Komlóssy, Joseph von	D	Schneider, Horst
CH	Sobiela-Caanitz, Guiu Dr.	D	Schöning, Jürgen Dr.
CZ	Gafrik, Jozef Dr.	D	Schowitzka, Frau
CZ	Liptak, Peter Dr.	D	Schowitzka, Peter MdL
CZ	Stros, Christa Dr. Ing.	D	Schultz, Heinrich
CZ	Walicki, Bronislaw	D	Schulz, Kurt
D	Adam, Horst	D	Siering, Kay Lennart
D	Adler, Peter MdL	D	Sigård-Madsen, Edith
D	Alfer, Brigitte	D	Slawik, Renate
D	Andersen, Kaj	D	Spoorendonk, Anke MdL
D	Baronin v. Sass, Babette	D	Wagner, Renate
D	Boysen, Alfred	D	Weisser, Marie-Luise
D	Brankatsch, Jakob	D	Werth, Helmut
D	Brezan, Stanislaw	D	Wiencke, Gert
D	Brodersen-Siering, Ulrike	D	Wulff Hinrichs, Frank
D	Buhl, Georg	D	Funck, Gary
D	Carstens, Gertrud	D	Lepa, Gerhard
D	Caspari, Friedhelm	D	Richter, Helmut
D	Christensen, Pernille	D	Walker, Alastair
D	Daftary, Farimah	DK	Agervig, Dan
D	Elle, Ludwig Dr.	DK	Albrechtsen, Frau
D	Engelbrecht, Bernd	DK	Asmussen, A.P
D	Ferguson-Günther Susan	DK	Asmussen, Heinz
D	Goretzki, Gernot	DK	Bieling, Peter
D	Goretzki, Karin	DK	Bohsen, Anne Marie
D	Goßmann, Anne	DK	Bohsen, Rigmor
D	Goßmann, Rolf	DK	Buch, Jørn
D	Grin, Francois	DK	Busching, Else
D	Handreck, Hannelore	DK	Candussi, Frauke
D	Hocke, Geraldine	DK	Carstensen, Jürgen
D	Jessen, Anne Margrethe	DK	Christensen, Christian
D	Kämper, Anne	DK	Christiansen Franz
D	Knoblich, Herbert Dr.	DK	Christiansen Karin
D	Konzack, Harald	DK	Clausen, Vivian
D	Kosel, Sieghard	DK	Cringanu, Elena
D	Kötschau, Gabriele Dr.	DK	Cringanu, Vasile
D	Kracht, Harald	DK	From, Karen
D	Kring, Karl	DK	Gotfredsen, Niels
D	Kühl, Jørgen Dr.	DK	Hansen, Carsten
D	Kühnrich, Juliane	DK	Hansen, Christa
D	Kühnrich, Klaus-Dieter	DK	Hansen, Hans Heinrich
D	Kukuk, Traudl	DK	Hansen, Susanne
D	Küssner, Dieter Paul	DK	Meyer, Peter
D	Lange, Bertold	DK	Heidemann, Tove Dr.
D	Martinen, Hark	DK	Heil, Hermann
D	McKinney, William W.	DK	Henriksen, Niels
D	Messmer, Karin	DK	Iwersen, Phillipp

DK	Jensen Hahn, Jörgen	KZ	Dederer, Alexander Dipl. Ing.
DK	Jensen, Helge	LT	Jurciks, Janis
DK	Jensen, Karl	LT	Palmitis, Letas
DK	Jessen, Hans	NL	Bakker, Jan
DK	Johannsen, Peter Iver	NL	Lageveen, Wiebe
DK	Kellner, Hans-Jørgen	NL	Rinzema, Jaap
DK	Kley, Inge	PL	Brehmer, Dietmar
DK	Kley, Paul Georg	PL	Chazbijewicz, Selim
DK	Krag, Elfi	PL	Donitza, Richard
DK	Krag, Helen	PL	Synak, Brunon
DK	Kristoffersen, Frode MEP	PL	Willan, Tadeusz Siegfried
DK	Küsel, Ulrich	RO	Pècsi, Ferenc MP
DK	Labovic, Slavtko	RO	Pillich, László
DK	Lauersen, Mads	RUS	Djappaier, Rassoul
DK	Livi, Frau	RUS	Eteзов, Bakhaoutin
DK	Lund Hansen, Kirsten	RUS	Grib. E.A
DK	Madsen, Grete	RUS	Grigorowitsch, Dimitij
DK	Matlok, Siegfried	RUS	Ketscherukov, Aseret - Ali
DK	Meyer, Barbara	RUS	Koudousov, Ernst
DK	Møller, Iver	RUS	Koudriavtsev, Vladimir Dr.
DK	Mørck, Birgit	RUS	Laipanov, Bilal
DK	Munksgård, Jørn	RUS	Melanifidi, Georgij
DK	Nickelsen, Armin	RUS	Pepinov, Fuad
DK	Nickelsen, Susanne	RUS	Sitschinawa, Ramaz
DK	Nielsen, Harris	RUS	Wormsbecher, Hugo
DK	Nielsen, Jesper	RUS	Tscherwonnaja, Swetlana
DK	Nielsen, Leif	SK	Florian, Laszlo
DK	Nikqi, Riza	SK	Greser, Gertrud
DK	Olesen, Karl Erik	SLO	Devetak, Miljenka
DK	Overlade, Klaas	SLO	Devetak, Silvo Prof. Dr.
DK	Overlade, Svend	SLO	Kolnik, Dusan Ludvik
DK	Pedersen, Klaus Carsten	UA	Brenzovych, Vosyl
DK	Radcke, Ingo-Heinrich	UA	Kovalchuk, Kostyantyn
DK	Ritter, Manfred	USA	Hafizi, Azemy
DK	Scheuermann, Martin	USA	Rushiti, Ajet
DK	Schmidt, Gerhard	USA	Rushiti, Gezim
DK	Schramm, Joachim		
DK	Seifert, Kurt		
DK	Severinsen, Hanne MF		
DK	Sønderby, Peder		
DK	Søndergård, Harald		
DK	Thyssen, Helga		
DK	Toft, Gösta		
DK	Witt, Bente		
DK	Zupan, Damir		
DK	Als Johansen, Jan		
DK	Dose, Johannes		
DK	Egelund Nielsen, Rasmus		
DK	Fischer, Mirco		
DK	Hansen, Ivar		
DK	Kiseleva-Buggeskov, Elena		
DK	Larsen, Ellen		
DK	Lippert, Knut		
DK	Skov, Kamma		
EE	Weber, Erika		
F	Abeille, Patrice		
F	Garnier, Pascal		
F	Kergren, Jean		
F	Le Moine, Per		
F	Prunennec, Yvon		
FIN	Karlsson, T.R. Johannes		
GE	Augst, Harry		
GE	Augst, Harry		
GE	Gerasimov, Alexi Prof.		
GE	Tchitlov, Dimitri Dr		
H	Brenner, Koloman Dr.		
H	Linzmeyer, Sylvia		
H	Ottlakan, Aurel Dr.		
HR	Kleiner, Milena		
HR	Simic, Mila		
I	Brezigar, Bojan		
I	Pizzinini, Ilda		
I	Stuflessner, Marina		
I	Sussi, Matej		
I	Zaffi, Davide		
I	Hosp, Bruno Dr.		
I	Mitterdorfer, Karl Dr.		
I	Stuflessner, Werner Dr.		
KIR	Dill, Valerie		

**Internet edition  
edited by the  
FUEN-Secretariat  
April 2003**

FUEN-Secretariat  
Schiffbrücke 41  
D-24939 Flensburg  
0049-461-12855  
0049-461-180709 Fax  
info@fuen.org  
<http://www.fuen.org>